

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

69. Sitzung  
28. Mai 2026

Beginn: 09.02 Uhr  
Schluss: 12.09 Uhr  
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende June Tomiak:** Wir kommen zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0293](#)  
Drucksache 19/2971 UK  
**Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Hitzeinseln  
effektiv und ressourcenschonend bekämpfen!**
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0295](#)  
Drucksache 19/2966 UK  
**Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Mit einem  
Baumgipfel beim Regierenden Bürgermeister  
gemeinsam für das Stadtgrün**
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0302](#)  
**Klimaanpassungsgesetz: Umsetzungsstand und  
Zeitplan** UK  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

#### Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Weisbrich der Berliner Forsten anwesend und steht für Fragen zur Verfügung. – Herzlich willkommen nochmals! – Zur Anhörung begrüße ich außerdem Frau Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck – Herzlich willkommen! –, Frau Dr. Gesche Grützmacher – wir haben sie eben auch schon gehört –, Vorständin Technik der Berliner Wasserbetriebe, Herr Prof. Dr. Andreas Knie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung, Herr Dirk Schäuble, Referent für Naturschutzpolitik beim BUND Landesverband Berlin, und Herr Heinrich Strößenreuther vom Vorstand BaumEntscheid e. V. Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite des Abgeordnetenhauses gestreamt wird und dass es eine Aufzeichnung auf der Website geben wird. Ich darf feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. – Ich sehe Nicken bei allen. Dann können wir so verfahren. Vielen Dank! – Wünscht der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt? – Dann verfahren wir so. Möchten die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Begründung der Anträge zu TOP 3 a und b vornehmen. – Herr Lux, Sie haben das Wort.

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns auf diesen Tagesordnungspunkt einigen konnten! Das Thema ist Klimaanpassungsgesetz, Baum Entscheid, Umsetzungsstand. Wir hatten dazu zwei Anträge eingebracht. Ich will die auch nur kurz vorstellen, weil wir zu dem einem schon im Plenum gesprochen haben und ich auch finde, dass die Anzuhörenden mit ihrer Expertise und ihrer Praxis die Zeit und die Bühne haben sollen auszuführen. Gleichwohl haben wir hier ein grundsätzliches Problem: Wir bringen Anträge zur Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes ein. Dann hören wir von der Koalition: Nein, müsst ihr nicht. Wir lehnen die ab, der Senat macht das schon –, und am Ende sitzen wir hier und stellen die ersten Fristüberschreitung fest. Das Gesetz ist noch sehr jung. – Ja, das ist richtig, aber Aufgabe des Parlaments ist es auch, genau darauf zu achten, dass die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden.

Wir haben da relativ viele Zweifel, auch ein bisschen Hoffnung, wenn wir sehen, wie viele engagierte Leute in der Verwaltung, aber auch vom Volksentscheid Baum, auch aus den Umweltverbänden, von den Wasserbetrieben und vor allen Dingen auch in den Bezirken, da tagtäglich mitarbeiten, obwohl die finanzielle Konfiguration so ist, dass es Milliarden Euro aus dem Sondervermögen gibt, aber im Kernhaushalt im Prinzip nichts passiert ist. Das ist die erste Frage auch an Sie als Anzuhörende, wie mit dieser Dichotomie umzugehen ist, mit diesem Widerspruch, quasi nichts in der Pflicht zu machen, aber dann viele ... [unverständlich]

**Vorsitzende June Tomiak:** Herr Lux! Würden Sie sich auf die Begründung beschränken?

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Ich beschränke mich auf die Begründung! – Der erste Teil ist ja, dass die Hitzeinseln bis November 2026 benannt werden müssen. Wir stellen jetzt fest, dass drei Fristen für Mai dieses Jahres gerissen worden sind. Deshalb haben wir noch mehr Zweifel, dass Sie diese Frist für die Benennung der Hitzeinseln für November tatsächlich einhalten. Deswegen ist hier der Senat gefordert, einmal Rede und Antwort zu stehen, was dafür gemacht wird, damit diese Frist nicht auch gerissen wird. Es baut sich in diesem Klimaanpassungsgesetz letztendlich systematisch auf, dass ein Baustein auf den anderen zu setzen ist, und irgendwann fällt das ganze Haus zusammen, wenn sich die erforderlichen Schritte verzögern. Gesetze setzen sich nicht von alleine um.

Wir hatten auch einen Antrag eingebracht – da habe ich aber die Meinung der Koalitionsfraktionen schon gehört –, dass es einen Baumgipfel beim Regierenden Bürgermeister geben soll, der sich im November letzten Jahres zumindest einmal sehr aktiv auch für das Baumgesetz eingesetzt hat. Ich fände es schon gut, wenn er da auch verbindlich bleiben würde. Von der Koalition habe ich gehört: Nein, muss er nicht. Wollen wir nicht. Wir sehen das nicht so. – Ich will nur daran erinnern, dass das Gesetz, das wir alle gemeinsam beschlossen haben, in der Begründung schon vorsieht, auch einen Planungsstab bei der Senatskanzlei anzugehen, um übergreifende Themen zu befassen, um mal alle Stakeholder zusammenzuholen. Dafür müsste es zumindest einen Ausgleich geben, wenn gar nichts auf der obersten Spitzenebene eingesetzt wird. – Vielleicht so weit! Ich habe gesagt, ich mache es kurz.

**Vorsitzende June Tomiak:** Möchten die antragstellenden Fraktionen der CDU und der SPD eine Begründung des Besprechungsbedarfs TOP 3 c – neu – vornehmen? – Ja, Frau Vierecke, dann haben Sie als Erste das Wort.

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank! – Ich freue mich sehr, dass wir heute über das Klimaanpassungsgesetz und die Umsetzung sprechen. Vor genau einem halben Jahr, am 03. November 2025, haben wir es beschlossen. Ich sage mal, dass wir darauf noch immer alle sehr stolz sind. Das war wirklich ein guter Prozess. Das waren faire Verhandlungen, und wir sind da mit einem sehr guten Ergebnis rausgegangen, auch dadurch dass wir auf Augenhöhe auch mit der Initiative BaumEntscheid verhandelt haben. Ich würde wirklich sagen, das ist nicht übertrieben, dass wir ein Jahrhundertprojekt auf den Weg gesetzt haben, aber erst einmal nur das Gesetz, gemacht haben. Wir wissen alle, dass es ein verdammt ambitioniertes Projekt ist.

Der Senat hatte jetzt ein halbes Jahr Zeit, um die ersten Weichen zu stellen. Heute wollen wir hören, wie weit der Senat gekommen ist und wie es von hier an weitergeht. Mein ausdrückliches Lob geht an die Verwaltung. Ich glaube, das war in letzter Zeit wirklich richtig viel Ar-

beit. Die Einrichtung des Aufbaustabs, die Workshops mit der Verwaltung, auch mit externen Akteuren und Akteuren, dass Datenanalysen entstanden sind, die Klimarisikoanalyse, die jetzt in Umsetzung ist, sind wirklich Meilensteine. – Ja, das stimmt. Da hängt jetzt auch noch etwas. Ich hätte mir die Novelle der Baumschutzverordnung jetzt schon gewünscht, aber die ist in Erarbeitung. Der wissenschaftliche Beirat kommt. An der Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank an die Verwaltung, auch an den Staatssekretär Kraus! Wir haben da wirklich etwas vor uns, und bisher muss ich sagen, dass wir nicht jede Woche einen Antrag und den nächsten Wunsch nach einem Baumgipfel von Herrn Lux im Plenum brauchen, sondern einen Senat, der arbeiten kann.

Trotzdem müssen wir natürlich schauen – für uns als SPD-Fraktion ist es enorm wichtig –, dass wir jetzt auch wirklich in die Umsetzung kommen. Dazu möchte ich auch von Ihnen, liebe Anzuhörende, gerne hören, was die nächsten Schritte sind. Wir sind jetzt an einem Punkt und müssen jetzt einen Schritt weitergehen. Wir planen hier – ich zitiere Frau Bonde – ein Jahrhundertprojekt. Wir müssen uns Straßenzüge ansehen. Wir müssen Pflanzungen andenken. Wir müssen Nachpflanzungen jetzt in den Blick nehmen. Das beginnt nicht morgen oder irgendwann, sondern jetzt müssen wir die Grundlagen mit Planerinnen und Planern, mit Ingenieurinnen und Ingenieuren legen. Dafür braucht es eben auch Geld und Ressourcen. Das Parlament hat sehr klar gemacht, dass wir dieses Gesetz wollen, auch mit den entsprechenden Mitteln, die wir aus dem Sondervermögen bereitgestellt haben. Wir sehen aber auch den Senat in der Pflicht, dass da jetzt auch gehandelt wird, damit diese Mittel auch freigesetzt werden können. Unser Versprechen ist es auf jeden Fall, dass wir zu unseren Aussagen stehen. Heute möchten wir vor allem herausfinden, wo wir genau sind und wo wir vielleicht auch noch nachsteuern müssen. Ich freue mich auf die Anhörung. – Danke!

**Vorsitzende June Tomiak:** Zur Begründung hätte auch die CDU-Fraktion die Möglichkeit. Möchte jemand? – Nein, okay, alles klar! Dann ist eine einleitende Stellungnahme des Senats gewünscht. Ich habe gehört, es gibt eine Präsentation, würde die Technik bitten, die zu starten und übergebe das Wort an Frau Senatorin Bonde.

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Sehr schön, dass Sie da sind und heute auch mit uns Ihre Sicht der Dinge diskutieren! Mit dem Klimaanpassungsgesetz besteht seit dem 21. November 2025 ein verbindlicher gesetzlicher Rahmen für die strategische und ressortübergreifende Klimaanpassung in Berlin. An dieser Stelle möchte ich noch mal ganz herzlich den Vertretern der Initiative BaumEntscheid dafür danken, dass diese Initiative ergriffen worden ist, das zum einen, und zum anderen – das ist auch schon angesprochen worden – für den guten Prozess, den wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens gegangen sind. Auch einen ganz herzlichen Dank für Ihr Einbringen im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes!

Der Senat hat am 19. Mai 2026 festgelegt, entsprechend § 22 Absatz 2, bis zum 20. November 2027 die organisatorischen, finanziellen, personellen und fachlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Gesetzesziele zu klären sowie einen Umsetzungs- und Zeitplan mit Zielplan bis 2040 zu erarbeiten und vorzulegen. Zur Umsetzung wird ein Umsetzungsplanungsprojekt im Rahmen einer besonderen Aufbauorganisation eingerichtet. Vorgesehen ist ein ressortübergreifender Steuerungskreis unter Federführung unserer Verwaltung und unter Beteiligung der betroffenen Senatsverwaltungen, Bezirke, nachgeordneten Behörden und fachlichen Einrichtungen. Ziel ist der Aufbau einer abgestimmten berlinweit tragfähigen Umset-

zungsstruktur sowie die Erarbeitung belastbarer Entscheidungsgrundlagen zu Governance, Zuständigkeiten, Personal- und Finanzierungsbedarfen und einem landesweiten Monitoring der Klimaanpassung.

An der Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir es nicht so machen, dass wir vom Ergebnis kommen, sondern wir machen es so, dass wir erst mal schauen, was wir schon haben, was schon vorhanden ist. Was ist erforderlich, um zum Ergebnis zu kommen? Wir gehen auch hier wieder strategisch, strukturell und konzeptionell vor. Denn nur so ergibt es Sinn, diesen Weg zu bestreiten, weil es, wie Frau Vierecke auch schon gesagt hat, es sich wirklich um ein Jahrhundertprojekt handelt. Da ergibt es wenig Sinn, einfach loszurennen, sondern es ergibt nur Sinn, wenn man eine Strategie, eine Konzeption und eine entsprechende Struktur hat. Genau so haben wir uns aufgestellt und werden wir uns auch im Folgenden weiter aufstellen. Wir werden Ihnen gleich auch noch die Präsentation näher vorstellen, das wird Herr Staatssekretär Kraus machen, um Ihnen dann sowohl den aktuellen Stand als auch den vorgeesehenen Zeitplan darzulegen.

Sachstand der bisherigen Vorarbeiten ist, dass wir seit Dezember 2025 bei uns vorbereitende Arbeiten zum Umsetzungsplan nach § 22 KAnGBln vorgenommen haben. Nach internen Workshops und der Übergabe der Federführung von der Senatskanzlei – hier möchte ich noch mal ausführen, Herr Lux, dass aus meiner Sicht im Gesetzestext selbst nicht festgelegt ist, wo die Bearbeitung angesiedelt wird. Aus meiner Sicht handelt es sich im Rahmen der Begründung um ein Versehen, dass da von der Senatskanzlei gesprochen wird, weil ursprünglich auch im Gesetzestext von der Senatskanzlei gesprochen worden ist; im Rahmen der Verhandlungen ist das aber geändert worden, und insofern glaube ich, dass es sich hier in der Begründung um ein Versehen handelt, wenn da weiterhin von der Senatskanzlei gesprochen wird – an unsere Verwaltung am 15. Januar 2026 wurden im Februar 2026 zentrale Grundlagen erarbeitet. Die Berliner Forsten wurden mit initialen Arbeiten, insbesondere einer GIS-Analyse und einer ersten Aufwandsabschätzung beauftragt. An der Stelle noch mal ganz herzlichen Dank an Herrn Weisbrich, der sich wirklich mit Verve und mit Herzblut in dieses Thema eingearbeitet hat und es verfolgt, aber nicht nur Herr Weisbrich, sondern Herr Kruczek genauso. Beide treiben das Thema wirklich ganz wesentlich mit anderen in unserer Verwaltung voran. Natürlich auch ganz herzlichen Dank an den Staatssekretär, der das alles koordinierend in die Hand genommen hat. Ergänzend wurde eine Onlinebefragung mit 2 006 Teilnehmenden sowie zwölf Fachinterviews mit bezirklichen Straßen- und Grünflächenämtern durchgeführt. Zudem haben wir vier ressort- und ebenenübergreifende Workshops sowie Beteiligungsformate mit Bezirken, Senatsverwaltungen, Leitungen, Leitungs- und Infrastrukturbetrieben sowie der Zivilgesellschaft organisiert. Wir haben Arbeitsroutinen etabliert, die der Koordination, Abstimmung und Steuerung des Umsetzungsprozesses dienen. Anfang März wurde zudem die Berliner Klimarisikoanalyse gemäß § 11 KAnGBln veröffentlicht. Zu dem Zeitplan und zu weiteren Aspekten, die wir bereits umgesetzt haben, führt gleich der Herr Staatssekretär aus.

Ich möchte aber zu den konkreten Anträgen, die durch Bündnis 90/Die Grünen gestellt worden sind, auch noch ausführen. Wir teilen ausdrücklich das Ziel, urbane Hitzeinseln wirksam zu bekämpfen und den Baumbestand in Berlin zu schützen und weiterzuentwickeln. Die in dem ersten Antrag geforderten Maßnahmen befinden sich jedoch bereits in Umsetzung beziehungsweise ergeben sich unmittelbar aus bestehenden gesetzlichen Vorgaben und Verwaltungsstrukturen. Mit dem Klimaanpassungsgesetz des Bundes sowie den bestehenden landes-

rechtlichen Regelungen bestehen bereits verbindliche Grundlagen für die klimaresiliente Entwicklung der Stadt. Der Antrag erzeugt daher aus unserer Sicht überwiegend Doppelstrukturen und zusätzlichen Berichtsaufwand, ohne einen erkennbaren fachlichen Mehrwert zu leisten.

Der Schutz von Bestandsbäumen, insbesondere großkronige Altbäume, ist bereits heute zentraler Bestandteil des Verwaltungshandelns. Fällungen unterliegen strengen rechtlichen Voraussetzungen und werden sorgfältig geprüft. Gleichzeitig müssen wir als Senat weiterhin eine rechtssichere Abwägung zwischen Klima, Verkehr, Wohnungsbau, Infrastruktur und Sicherheitsbelangen gewährleisten. Pauschale Einschränkungen bei Ausnahmegenehmigungen greifen daher aus unserer Sicht zu kurz.

Auch die Verbesserung von Bewässerungs- und Pflegekonzepten wird bereits verfolgt. Die Bezirke und zuständigen Fachverwaltungen arbeiten kontinuierlich an der Digitalisierung und Priorisierung des Baum- und Grünflächenmanagements. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft etwa über Gießpatenschaften oder Begrünungsmaßnahmen wird bereits unterstützt und ausgebaut. Hier bestehen in vielen Bezirken etablierte Angebote und Kooperationen. Die planungsrechtliche Sicherung von Grünflächen ist ebenfalls geltendes Verwaltungshandeln. Grünfestsetzung und klimaangepasste Stadtentwicklung werden bereits im Rahmen der Bauleitplanung entsprechend berücksichtigt.

Die geforderte zusätzliche Taskforce Stadtgrün und Hitze überzeugt aus unserer Sicht nicht. Ressortübergreifende Abstimmungen finden bereits statt. Neue Koordinierungsstrukturen führen nicht automatisch zu mehr Effizienz, sondern häufig zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand. Kritisch zu sehen ist darüber hinaus aus unserer Sicht die Vielzahl zusätzlicher Berichtspflichten und Fristsetzungen. Angesichts begrenzter personeller Ressourcen sollte der Fokus auf Umsetzung statt auf zusätzlicher Berichterstattung liegen. Insofern begrüße ich das durch den neuen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg, Cem Özdemir, wohl angestrebte Unterfangen, deutlich aufzuräumen und zu entbürokratisieren und Berichtspflichten auch entsprechend zu hinterfragen und auch umfangreich abzuschaffen. Das zu dem ersten Antrag, den wir insofern als nicht erforderlich betrachten!

Zu dem zweiten Antrag: Auch hier teilen wir die Ziele des Antrags grundsätzlich. Schutz, Pflege und Ausbau des Stadtgrüns sowie der blau-grünen Infrastruktur sind zentrale Bestandteile der Klimaanpassungspolitik des Senats. Mit dem Klimaanpassungsgesetz Berlin besteht bereits eine verbindliche gesetzliche Grundlage. Die Umsetzung erfolgt bereits ressortübergreifend und strukturiert im Rahmen des Klimaanpassungsgesetzes Berlin. § 22 KAnGBln verpflichtet ausdrücklich zur Entwicklung einer umfassenden Umsetzungsplanung, einschließlich Governance, Beteiligungs- und Finanzierungsstrukturen. Wir haben bereits umfangreiche Vorarbeiten gestartet, dazu gleich mehr durch den Staatssekretär. Insofern ist das Ziel nicht die Schaffung zusätzlicher Gipfel oder Dialogformate, sondern die konkrete und verbindliche Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen. Ein zusätzlicher Baumgipfel unter Leitung des Regierenden Bürgermeister würde vor diesem Hintergrund aus unserer Sicht keinen zusätzlichen strukturellen Mehrwert schaffen. Ressourcen und Kapazitäten sollten auf die praktische Umsetzung, Koordinierung und Beschleunigung konkreter Maßnahmen konzentriert werden. Noch einmal: Wir verfolgen bereits den im Antrag formulierten Ansatz einer ressortübergreifenden und kooperativen Governance des Stadtgrüns, und insofern sehen wir

auch diesen Antrag als nicht erforderlich an. Jetzt gebe ich gerne an den Staatssekretär Kraus ab.

**Vorsitzende June Tomiak:** Dann haben Sie das Wort, Herr Kraus!

**Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Vielen herzlichen Dank! Auch von mir nochmal ein herzliches Grüß Gott!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Frau Senatorin hatte schon richtigerweise dargestellt, was bereits geschehen ist; das brauche ich jetzt an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen. Aber vielleicht noch einmal: Wenn man jetzt die einzelnen Punkte anschaut: GIS-Analyse, Umweltgerechtigkeitsatlas, was im Bereich der Klimarisikobeschreibung und auch des Hitzeaktionsplans bereits geschehen ist. Das ist alles mit vorhandenen Strukturen geschehen, mit Personal, das vorhanden ist. Wir selbst haben bei uns im Haus ein Referat für Klimaanpassung. Wir fangen nicht bei null an – nicht inhaltlich und nicht personell. Es gibt Personen im Haus bei uns, die sich damit beschäftigen. Die Berliner Forsten sind beauftragt, die machen das. Es gibt aber auch Referate bei uns im Haus, sowohl in der Abteilung I als auch in der Abteilung III, die sich seit Jahren als Umwelt- und auch Klimaschutzverwaltung massiv mit diesen Themen beschäftigen.

Das heißt, wir fangen nicht bei null an, wir haben Personal, wir passen die Personalstrukturen, die jetzt da sind, in einem ersten Schritt auch auf die Anforderungen des Gesetzes an, so wie wir das mit jedem anderen Gesetz auch machen. Da möchte ich auch noch einmal sagen: Wir haben natürlich auch Kräfte von außen gewinnen können. Ich bin da sehr dankbar, dass wir mit Professor Dr. Andreas Knie hier auch einen Sachverständigen haben, den wir gewinnen konnten, auch durch die Vermittlung von Felix Weisbrich, uns zu unterstützen. Ein Policy Lab ist ein ganz neuer Ansatz, Kräfte von außen, die sich das wissenschaftlich anschauen, eigenständig begleiten und uns an vielen Stellen auch unterstützen. Dafür auch jetzt schon mal herzlichen Dank! Auch hier fangen wir also nicht bei null an, sondern es gibt Personen und Kräfte und Expertinnen und Experten, die das unterstützen.

Wir haben die breite Beteiligung. Auch da holen wir zusammen, was an Expertinnen und Experten in der Stadt ist. Wir greifen also durchaus auch die Expertise der Stadt auf. Mit dem Beirat, den der Senat jetzt berufen hat, haben wir auch noch zusätzlich externe, über Berlin hinaus, wissenschaftliche Expertise gesammelt, die dann die wissenschaftliche Expertise und die Expertise in der Stadtgesellschaft ergänzen und alles Wissen zusammenbringen, um dieses Jahrhundertprojekt auch umzusetzen. Das ist auch ganz wichtig, und dazu stehen wir auch: Der Senat hat die Mitglieder berufen. Wir haben die jetzt ganz offiziell über die Berufung informiert, und sobald von allen die Rückmeldung da ist, können wir die auch namentlich vorstellen. Deshalb finde ich es auch momentan wohlfeil, über die Qualifikation der Besetzung des Beirats Klimaanpassung zu reden, wenn der Öffentlichkeit noch nicht einmal bekannt ist, wer es ist. Ich glaube, wir haben da in einem sehr umfangreichen Prozess wirklich die herausragenden Expertinnen und Experten in ihren Fachgebieten, wie das Gesetz das auch vorsieht, zusammengebracht. Da sind wir auch sehr dankbar, und das werden wir auch bald vorstellen.

Vielleicht noch mal zur Einordnung: Es gibt ja zwei Teile. Klimaanpassung heißt zwar auch BäumePlus-Gesetz, aber es ist immer auch ein großer blauer Teil. Die Transformation wird mit der blauen Infrastruktur unterirdisch stattfinden. Das wird der große Teil sein, der auch bedeutend ist, weil sonst die grüne Infrastruktur nicht funktioniert. Die blaue Infrastruktur wird in unserem Bundesland, in unserem Stadtstaat in Berlin, durch die BWB durch eine ganz hervorragende Expertenorganisation mit vertreten. Die können das auch, und da brauchen wir auch nicht bei null anfangen. Da haben wir eine große Zahl von Expertinnen und Experten – Frau Dr. Grützmacher wird das sicherlich ausführen – die jetzt schon am Arbeiten sind, die blauen Maßnahmen umzusetzen, die Infrastrukturmaßnahmen zu setzen, auch das Sondervermögen dort abfließen zu lassen. Da fangen wir wie gesagt nicht bei null an, weder personell noch inhaltlich.

Natürlich werden wir auch Zielkonflikte haben. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, ob wir einzelne Bäume immer noch fällen müssen. Der Tempelhofer Damm ist so ein hervorragendes Beispiel. Da verbessern wir die blaue Infrastruktur, in dem Fall die Abwasserinfrastruktur und die Wasserleitungen unterirdisch, und da sind natürlich dann Bäume da, die leider infolge der Baumaßnahmen abgängig sind, die auch nicht mehr verkehrssicher sein werden. Die müssen wir dann entnehmen. Das ist schmerzhaft, aber das ist ein Zielkonflikt, den wir als Stadtgesellschaft aushandeln müssen. BäumePlus heißt nicht, dass wir zukünftig gar keine Bäume mehr fällen. Wir werden natürlich weiterhin Bäume fällen müssen, wenn sie nicht mehr verkehrssicher sind, wenn sie leider übergangsweise der Verbesserung der blauen Infrastruktur im Wege stehen. Wir werden sie dann nachpflanzen. Das sieht auch die Baumschutzverordnung, die gerade in der Novellierung ist, vor, dass wir dort diese Zielkonflikte mit dem Ziel ausräumen, am Schluss eine lebenswerte Stadt zu haben und vor allen Dingen diese Ziele auch erreichen, indem wir die ganze Gesellschaft mitnehmen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Mit dem Satz würde ich auf die nächste Folie überschwenken. Wir sehen hier den Projektplan dargestellt. Frau Senatorin hat auch schon dargestellt, was alles passiert ist. Hier geht es jetzt weiter nach vorn. Der Einsatz des wissenschaftlichen Beirats ist beschlossen. Die Baumschutzverordnung ist im Prozess. Das ist ein Verfahren, wo man auch den Rat der Bürgermeister einbinden muss. Da haben wir unseren Teil erfüllt und haben das in der Kürze der Zeit auch umsetzen können. Das ist jetzt auf der ganz normalen Schiene. Der Projektauftrag Umsetzungsplanungsprojekt hat sich als komplex erwiesen, sodass wir die Frist des Gesetzes nicht ganz halten werden können. Das ist aber für die nächste Senatssitzung auch angemeldet, und jetzt in Mitzeichnung befindlich. Dann kommen wir auch dazu, dass wir das entsprechend vollziehen können, wie das Projekt das vorsieht

Die Meilensteine, die für November 2026 vorgesehen sind, sind die Festlegung der Hitzeviertel, Hitzeaktionsplan, vor allen Dingen aber das Klimaanpassungsprogramm und Veröffentlichung der Klimarisikoanalyse. Das werden wir auch durch externe Dienstleister erledigen. Auch da fangen wir nicht bei null an, sondern bedienen uns externer Expertinnen und Experten. Das ist alles in der Ausschreibung. In einem Fall ist der Dienstleister schon beauftragt. Da sind wir auch im Zeitplan und können bis November 2026 auch liefern.

Dann geht das immer weiter so durch. Der Gros der Maßnahmen wird ab Januar 2028 stattfinden. Dann werden wir wirklich operational, und dann werden die entsprechenden Mittel

auch wirklich verbaut. Bis dahin haben wir die Schnellläuferprogramme, 44 000 Straßenbäume und auch die entsprechenden kleinteiligen Maßnahmen, die dahinter sind. Für die eigentlichen Arbeiten, wo dann auch personalintensiv gearbeitet werden muss, haben wir bis Ende 2027 Zeit, uns Strukturen zu überlegen. Die ersten wirklichen Maßnahmen finden dann ab 1. Januar 2028 statt, und dann fährt es laut Gesetz hoch: 15 Prozent bis Ende 2030, 85 Prozent Ende 2037 und 2040 die Endausbaustufe was den Baumbestand und die Maßnahmen in Hitzevierteln anbelangt. Das Abgeordnetenhaus kann alles, was wir an den großen Personalzahlen haben und planen müssen, dann in einem Haushalt mit unserer Vorlage verhandeln und beschließen und dann ab 1. Januar 2028 im Doppelhaushalt 2028/2029 abbilden.

Was wir bis dahin an Personal für diese Entwicklung des Umsetzungsplans brauchen, für die Entwicklung der Lösungen, was wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft, mit Wissenschaft machen, haben wir entweder schon im Haus, in den vorhandenen Strukturen, oder aber werden innerhalb des beschlossenen Haushaltes umpriorisieren. Sollte das alles nicht ausreichen, gibt es immer noch Möglichkeiten wie im Policy Lab, externe Kräfte zusammenzuziehen, um das dann auch ableisten zu können. Die Vorgehensweise hat die Senatorin ganz klar geschildert: Erst die Arbeitspakete definieren, dann schauen, was man dafür an Personal braucht, was haben wir intern und das Delta dann noch ausfüllen. Das ist die Aufgabe, die in den nächsten Wochen und Monaten vor uns liegt, um auch die Meilensteine des Gesetzes zu erfüllen. Ich bin zuversichtlich, dass wir dann auch in der Haushaltsplanung, die nächstes Jahr für die Jahre 2028/2029 beginnen wird, das dort abbilden können, was darüber hinaus für das Eigentliche, für diese große Transformation der Stadt und dieses Jahrhundertprojekt erfüllt werden kann. Damit würde ich erst einmal enden!

**Vorsitzende June Tomiak:** Dann möchte ich den Anzuhörenden das Wort erteilen und Sie bitten, Ihre Stellungnahmen zunächst auf fünf Minuten pro Person zu beschränken. Sie werden im Anschluss an die Aussprache die Gelegenheit haben, weitere Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Die Stellungnahmen erfolgen in alphabetischer Reihenfolge. – Frau Bezirksstadträtin Dr. Ellenbeck, Sie haben das Wort!

**Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (BA Tempelhof-Schöneberg):** Vielen Dank! – Ich freue mich, dass ich hier eingeladen bin und die bezirkliche Sicht zu diesem super wichtigen Thema darstellen kann! Wir in Tempelhof-Schöneberg haben das Thema Baumschutz und Klimaanpassung schon seit einigen Jahren ganz oben auf der Agenda. Deswegen glaube ich, können wir da auch einige Beiträge leisten und bedanke mich vor allen Dingen auch für den guten Prozess, der bis hierhin auch gelaufen ist. Das möchte ich an dieser Stelle auch wirklich sagen. Die Einbindung der Bezirke war zur Erarbeitung dessen, was Herr Staatssekretär Kraus gerade vorgestellt hat, wirklich sehr gut und sehr vorbildlich. Das ist nicht immer so in der Zusammenarbeit zwischen Senatsverwaltung und Bezirken. Von daher möchte ich mich ausdrücklich bedanken, dass an der Stelle die Bezirke auch angehört worden sind, weil wir bei der Umsetzung ja eine sehr große Rolle spielen. Wir sind zuständig für das Pflanzen von Bäumen, wir sind Straßenbaulastträger. Von daher ist es sehr wichtig, dass die Bezirke an der Stelle auch eine große Rolle spielen und auch in diesen Prozess eingebunden werden. Das vorab!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich möchte Ihnen aber ein paar Zahlen und Aspekte aus bezirklicher Praxis für die Debatte mitgeben und habe Ihnen mal ein paar Bulletpoints mitgebracht, die ich hier gerne vorstellen würde. Der Baumsaldo – das wissen Sie alle – ist berlinweit negativ. Nur drei Bezirke haben im letzten Jahr einen positiven Baumsaldo geschafft. Wir haben mehr als 2 500 Bäume letztes Jahr verloren, weil mehr gefällt als gepflanzt worden ist. Da gibt es, auch schon in der Vergangenheit, Steuerungsmöglichkeiten, insbesondere was den Baumschutz angeht. Die Frage der Zielkonflikte zwischen verschiedenen Bereichen, die gerade schon angesprochen wurde, kann man unterschiedlich beantworten. Wir im Bezirk Tempelhof-Schöneberg beantworten das sehr klar pro Baumschutz und haben deswegen auch im letzten Jahr mehr als 200 Bäume im Saldo gepflanzt. Es sind 200 Bäume dazugekommen.

Wir sind in den Bezirken für das Thema Baumpflanzungen nicht sehr gut ausgestattet. Wir haben ungefähr zwischen ein bis drei Stellen. Bei uns im Bezirk ist eine Stelle, die Baumpflanzungen macht. Tatsächlich ist das Budget für Baumpflanzungen in diesem Jahr für uns real gesunken. Das ist die Krux beim Erfolg. Wir haben mehr Bäume gepflanzt und von unserem Budget geht mehr in die Pflege. Wir können im Endeffekt von dem Geld, was wir bekommen, weniger für neue Baumpflanzungen ausgeben. Im letzten Jahr hatten wir für neue Pflanzung 325 000 Euro, in diesem Jahr ein 175 000 Euro. Das sind im Moment wirklich keine großen Beträge. Das ist ein bisschen der Punkt, den ich anbringen will, diese wirklich große Diskrepanz zwischen dem, was wir hier uns vorgenommen haben – – Es ist ein Jahrhundertprojekt, und wir müssen einen Aufbau schaffen, aber die Realität im Moment, auch in diesem Jahr, ist nicht besser geworden als letztes Jahr, sondern im Gegenteil, wir haben sogar noch weniger Geld.

Wir hatten, das habe ich ja eingangs gesagt, wirklich einen sehr guten Eindruck von dem Prozess, wie er in der Analyse gestartet ist, aber jetzt muss der nächste Schritt kommen. Wir hier in den Bezirken können jetzt noch nicht erkennen, wie wir das schaffen sollen oder woher die Ressourcen herkommen sollen. Zwei Jahre sind eine sehr kurze Zeit für Bezirke im Aufbau von Strukturen. Das finde ich wirklich dramatisch: noch nicht einmal die Aufbauorganisation, um diesen Prozess zentral zu steuern, ist mit Personal hinterlegt. Ich bin sehr froh, dass das im ersten Schritt mit Bordmitteln gemacht worden ist, aber da braucht es auch den zweiten Schritt. Das ist das große Thema der Hinterlegung mit den finanziellen Ressourcen, die hier einfach komplett fehlt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aus unserer Sicht sind die wichtigen gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben, die jetzt gemacht werden müssen – das ist ja auch gesagt worden –, dass nicht nur die für das Grün zuständigen zusammensitzen und sich einig sind, dass das ganz wichtig ist, und nicht nur im Umweltausschuss darüber gesprochen wird, sondern dass auch Verkehr und Stadtentwicklung an der Stelle eine ganz große Rolle spielen. Frau Bonde und ich sind beide für beide Themen zuständig. Das ist ein großes Glück, weil wir da an der Stelle auch die Steuerung übernehmen können. Gerade wenn es um Straßenbäume geht, sind es die Flächen, die dem Verkehr eigentlich gehören und in der Vergangenheit Verkehrsplanung vor allen Dingen im Rahmen von Verkehrsplanung stattgefunden hat. Diese Priorität muss jetzt umgedreht werden, und das muss bei den für den Verkehr Zuständigen auch ankommen. Deswegen auch hier noch mal der Appell: Das muss auch in der Linie der Verkehrsabteilung etabliert sein, damit die Pla-

nungen direkt so stattfinden, dass Klimaanpassung möglich ist, dass Baumstandorte vorgesehen sind.

Auch bei der Stadtentwicklung – Ich habe Ihnen zwei Bilder mitgebracht –: Links ist ein Baum im Francke-Park in Tempelhof, den es eigentlich nicht mehr geben sollte, weil er aus Denkmalschutzgründen da eigentlich nie stehen sollte. Wir haben es mit dem Denkmalschutz geschafft, ihn stehen zu lassen. Das ist der Rosengarten, der jetzt gerade denkmalgerecht saniert worden ist. Wir haben es geschafft, dass dort in Kooperation Denkmalschutz und Klimaanpassung umgesetzt werden konnte. Das ist aber nicht der Regelfall. Deswegen müssen Regelfälle etabliert werden, weil das sehr viel Arbeit ist, solche Sachen abzustimmen. Rechts ist der Fall, wenn wir eine Gehwegvorstreckung machen, machen wir im Bezirk mittlerweile immer auch Entsiegelung. Aber auch das muss regelhaft in alle Ausführungsvorschriften und so weiter und in die Prozesse der Verwaltung etabliert werden, damit das automatisch passiert und nicht immer im Einzelnen eingefordert werden muss.

Der Punkt Baustelleneinrichtungsflächen ist ein ganz wichtiger, weil in der Vergangenheit – sehr komplexes Thema, ich will nur kurz darauf eingehen – häufig auch selbst für Baustelleneinrichtungsflächen Bäume gefällt worden. Da finde ich, muss es eine ganz klare Priorität für den Baumschutz geben, dass wir uns das nicht leisten können, für einen temporären Zeitraum Bäume zu fällen. Wenn es technisch für Infrastruktur notwendig ist, für die Wasserbetriebe, dann geht es nicht anders, aber für Baustelleneinrichtungsflächen eben nicht.

Dann das Thema, was ich gerade angesprochen habe: Ich war vor Kurzem mit einer kleinen Delegation in Wien. Die schaffen es, richtig viele Projekte in der Verwaltung umzusetzen. Eine Antwort der Verwaltung dort in Wien, warum sie so viel schaffen, ist: politische Führung und klares Commitment der politischen Führung und Verantwortungsübernahme für das Thema Klimaanpassung und Baumschutz. Da geht es auch insbesondere – ich möchte hier auch offen sprechen – um den Verkehrsbereich, der an der Stelle dann auch zurücktreten muss. Da braucht es für die Verwaltung, wenn sie schnell und effizient planen will, Klarheit, dass das eben nicht dann aufgemacht wird, wenn Projekte geplant werden und doch noch andere eine Rolle spielen. Diese Planungssicherheit ist für die Verwaltung extrem wichtig, wenn sie viel umsetzen will.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein ganz wichtiger Punkt, der eben nicht nur hier, aber auch hier noch mal von uns aus bezirklicher Sicht eingebracht wird: Aus ihrer Sicht wäre es fatal, wenn das Geld aus dem Sondervermögen, das auch als Investitionsmittel zählt, in der auftragsweisen Bewirtschaftung an die Bezirke gegeben wird und damit der Jährlichkeit des Haushaltes unterliegt. Unser Haushaltsjahr in den Bau-Bereichen ist viel zu kurz. Die Jährlichkeit ist ein wirklich riesiges Problem, insbesondere dann, wenn die auftragsweise Bewirtschaftung auch noch spät im Jahr uns zur Verfügung gestellt wird. Die Bürokratiekosten dieser Art von Finanzierungen sind extrem hoch. Es kommt dabei wenig rum mit viel Bürokratie, sowohl aufseiten der Senatsverwaltung als auch aufseiten der Bezirke. Deswegen: Die Verschlankung von Strukturen wäre ein ganz wichtiges Thema, zum Beispiel durch einheitliche Rahmenverträge, auf die wir dann als Bezirke zugreifen könnten, wo man es möglicherweise es auch schafft, darüber auch diese Jährlichkeit aufzulösen.

Eine Idee, die wir im Bezirk auch einmal hatten, zur Frage, wie man kurzfristig schon mal loslegen kann, war die Verdopplung der Stadtbaumkampagne, also etablierte Strukturen zu nutzen, damit es schon mal ein bisschen weitergeht und nicht diese riesige Diskrepanz zwischen dem, was wir irgendwann mal schaffen wollen und der Situation, wie sie im Moment in den Bezirken ist.

Selbstverständlich, bei allen Varianten, die zur Zusammenarbeit zwischen Senat und wie viel Aufgaben zentrale Strukturen übernehmen, im Raum stehen: Wir brauchen natürlich als Straßenbaulastträger, als Grünflächenämter immer Ressourcen und Personal für die örtliche Planung, für die Genehmigung, auch für die Beteiligungsprozesse vor Ort – das hat ja auch viel mit Kommunikation zu tun – und für die Pflege.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich glaube, meine Zeit ist wahrscheinlich schon um. Deswegen würde ich jetzt zur Baumschutzverordnung nicht mehr ausführen. Das können Sie nachrichtlich haben. Auch dazu haben sich die Kollegen aus den Umwelt- und Naturschutzämtern Gedanken gemacht. Da sind ein paar Punkte, die sie hier einbringen wollten, aber die wichtigen großen Punkte habe ich, glaube ich, benannt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Dann, bevor ich weitergebe, der Hinweis: wir haben Besuch einer sechsten Klasse bekommen. – Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss! Schön, dass ihr heute da seid! – Dann übergebe ich an Frau Dr. Grützmaker. – Sie haben das Wort!

**Dr. Gesche Grützmaker (BWB):** Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde mal erläutern, wie im Moment aus unserer Sicht der Stand des Klimaanpassungsgesetzes ist. Letztendlich schließen wir uns dem an, was auch die Vorredner gesagt haben. Es ist viel gemacht worden, wir haben viel Arbeit reingesteckt und haben das Gefühl, dass dort tatsächlich auch etwas passiert. Das Klimaanpassungsgesetz hat unserer Meinung nach einen sehr starken blauen Fokus. Denn woher kommt die Kühlung? – Die kommt daher, dass Wasser verdunstet, was über die Bäume funktioniert, aber dafür brauchen die Bäume letztendlich auch Wasser.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Deswegen ist es für uns ganz wichtig, dass der Wasserkreislauf im Fokus der Klimaanpassung stehen muss. Wir haben hier verschiedene Punkte aus dem KAnGBln hervorgehoben. Bei den in hellgrün eingefärbten Punkten, die Verdoppelung der Straßenbäume und die verpflichtenden Hitzeaktionspläne, sind wir mittelbar betroffen, aber ganz unmittelbar sind wir vom Ausbau der blau-grünen Infrastruktur und dem Ziel, das Regenwasser dezentral zu bewirtschaften, betroffen. Das ist etwas, wo wir als Wasserbetriebe mithelfen können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was ist unsere Rolle? – Zunächst einmal haben wir jetzt die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung als verbindlichen Teil des gesetzlichen Auftrages. Klammer auf: immer noch Nebenaufgabe; Hauptaufgabe ist Wasserver- und Abwasserentsorgung, aber trotzdem ist es jetzt gesetzlich niedergeschrieben. Welche Ziele beziehen sich jetzt speziell auf unsere Aufga-

ben? – Die Abkopplung der Mischkanalisation der öffentlichen Flächen, den Ausbau der blau-grünen Infrastruktur generell und einen messbaren Beitrag zur Hitzereduktion zu leisten. Der Status Quo: Man sieht unten auf der Folie einen Ausschnitt einer Karte von Berlin, einen länglichen Streifen. Alle blauen Punkte sind tatsächlich auch schon blau-grüne Maßnahmen, bei denen wir beteiligt sind, also vor allem Straßenregenentwässerung, wo wir in der Folgepflicht als Erschließungsträger handeln. Es läuft bereits schon sehr viel, aber im Moment nur projektweise ohne durchgängige Regelprozesse, und es gibt einen hohen Reibungsverlust. Deswegen ist es wichtig, dass wir Klarheit zwischen den Rollen finden, was wer übernimmt, welche Aufgaben, was priorisiert ist. Darauf werde ich im Folgenden etwas mehr eingehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Chancen sehen wir auf alle Fälle für uns, wenn das Ganze systematisch vollzogen wird. Wir bekommen – das ist das, was wir uns erhoffen – durchgängige Regelprozesse im Kontext der Niederschlagsentwässerung, eine Entlastung der Abwasserentsorgungsinfrastruktur. Unsere Kanäle werden bei Regen nicht so stark belastet. Das ist für die Infrastruktur auch ganz wichtig. Wir reduzieren die Überflutungs- und Haftungsrisiken, und wir schonen die Ressourcen insgesamt und kriegen eine höhere Systemstabilität. Wir fühlen uns durchaus auch als Mitgestalterin der klimaresilienten Stadt.

Was sind die Herausforderungen für uns? – Wir sehen derzeit, das ist, glaube ich, allen klar, einen erhöhten Koordinations- und Steuerungsbedarf von Senat, Bezirken, Investoren, Eigentümern bei den Projekten; das ist das, was ich vorhin auch schon gesagt hatte. Wir sehen auch die Zielkonflikte, die ebenfalls schon erwähnt wurden, Leitungsinfrastruktur versus Begrünung, also Verwurzelungsgefahr zum Beispiel. Wir sehen auch als Herausforderung den Erwartungsdruck an die technische Bewässerung versus den Vorrang naturnaher Lösungen, also Technik versus naturnah, wo wir selbstverständlich den naturnahen Lösungen einen Vorrang geben würden, und den großen Klärungsbedarf bei der Governance, der Zuständigkeiten und der Finanzierung, gegebenenfalls mit Anpassung des Gebührenmodells. Das ist dann das, was wir als BWB uns noch einmal genauer anschauen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zu den Aktivitäten und dem Zeitstrahl will ich gar nicht großartig etwas erzählen. Das hat Herr Staatssekretär Kraus bereits ausgeführt. Ich will nur sagen, dass wir an allen diesen Punkten oben, die grün sind, auch schon in verschiedenen Workshops, Kickoffs et cetera aktiv beteiligt waren. Unten blau ist das, was wir auch als BWB intern machen, denn wir haben verschiedene Abteilungen, wir haben Abwasser, wir haben die Planungs- und Bauabteilung, die Strategieabteilung. Wir müssen auch intern unsere Prozesse glattziehen. Wie bringen wir unsere Perspektive ein? – Wir haben die Regenwasserstrategie. Das ist das, was wir jetzt derzeit für uns intern erarbeiten. Hier stellen wir uns die Frage, wie wir die Infrastruktur weiterentwickeln und welche Rolle die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung spielt, um auch für uns Klarheit zu bekommen. Es wird nicht an jeder Stelle dezentral gehen, und es wird an einigen Stellen nur dezentral gehen. Das heißt also: Welche Kriterien setzen wir an? Das ist erst im Entwurf fertig, aber wenn sie fertig ist, dann bringen wir sie auf der Sachebene ein. Und wir haben gemeinsam mit den anderen Landesunternehmen eine Klimarisikoanalyse gemacht, die wir dann natürlich auch hier in die Berliner Klimarisikoanalyse eingebracht haben.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was ist aus unserer Sicht jetzt nach den sechs Monaten Klimaanpassungsgesetz essenziell? Was brauchen wir, um wirklich konstruktiv und schnell weitermachen zu können? – Wir brauchen eine Definition der Maßnahmentypologien „Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung“, also was möglich ist, was die verschiedenen Typen von Maßnahmen sind, die wir machen können, und auch wo was greift, aber auch vor allem Regelprozesse auf Berlin- und Planungsebene. „Berlinebene“ zielt darauf, was die prioritären Bereiche sind. Wo muss ich tatsächlich ansetzen, und zwar schnell ansetzen? Auf Planungsebene heißt das, was ich vorhin schon gesagt hatte, dass wir bei den Projekten durchgängige Regelprozesse bekommen.

Wichtig ist aber auch – und das möchte ich auch nicht verheimlichen –: Wir haben selbstverständlich Leitungen im Untergrund liegen, die durch Bäume im Zweifelsfall auch zerstört werden können. Wir brauchen einen Schutz unserer Leitungen durch eine gute Vereinbarung über das Bauen von Leitungen. Daran arbeiten wir bereits. Wir definieren, wir gehen auch, sagen wir mal, Kompromisse ein, dass wir die Abstände verringern, dass wir zusehen, dass wir hier zu einer guten, sagen wir mal, friedlichen Koexistenz kommen. Trotzdem ist es natürlich so: Wenn wir an den Leitung arbeiten müssen, ob es ein Rohrschaden oder eine geplante Auswechslung ist, müssen wir leider die entsprechenden Bäume auch fällen. Die werden selbstverständlich auch immer wieder nachgepflanzt, das ist klar.

Dann brauchen wir die Absicherung der Finanzierung der Maßnahmen, die wir derzeit schon zur Straßenregenentwässerung am Laufen haben. Das ist essenziell. Derzeit bekommen wir noch kein grünes Licht auf der Bearbeiterbene aus der Verwaltung, dass wir die Projekte, die laufen und die wir jetzt wirklich ins Laufen bringen wollen, machen können. Das ist sehr un schön, denn im Zweifelsfall heißt es, dass wir die anhalten müssen. Das hat also mit der Finanzierung tatsächlich zu tun. Auf die klare Rollendefinition bin ich, glaube ich, schon eingegangen. Deswegen bedanke ich mich hier für Ihre Aufmerksamkeit und stehe nachher für Fragen zur Verfügung! – Danke!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Dann hat Herr Professor Dr. Andreas Knie nun das Wort.

**Dr. Andreas Knie** (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB –): Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank auch von meiner Seite! Es sind Worte schon viel gefallen. Ich mache das heute sehr kurz. Erst einmal: Was ist überhaupt das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung? – Das ging bei der letzten Sitzung etwas hin und her. Das ist natürlich kein privates Institut, sondern ein öffentlich-rechtliches Institut. 50 Jahre alt. Es gehört zu 25 Prozent dem Land Berlin. Die restlichen 75 Prozent sind vom Bund, vom BMFTR. Das WZB macht problemorientierte Grundlagenforschung und ist als dienende Funktion hier eingesetzt. Warum machen wir das? – Weil Wissenschaft und Verwaltung immer wieder zusammenarbeiten, wie überhaupt generell die Frage des Impakts von Wissenschaft immer wieder stark in den Vordergrund rückt.

Denn wir haben in Deutschland ein besonderes Problem: Wir haben einen sehr starken Wissenschaftsstandort, gerade hier in Berlin, aber was kommt eigentlich raus? Wie ist der Impact eigentlich? Wissenschaft hat eine sehr große Neigung, vor allem Wissenschaft für Wissen-

schaft zu machen. Wir haben das exklusive Wahrheitsmonopol, denn was gute Wissenschaft ist, können nur wir entscheiden, weil wir selbst das entscheiden. Was ist exzellent? – Das, was wir als exzellent bezeichnen. Das finde ich klasse. Wir kommen damit prima klar, aber das reicht natürlich alleine nicht aus.

Deshalb haben wir – Herr Kraus hat es beim letzten Mal schon angedeutet, Frau Bonde auch schon – die Konzeption eines Policy Labs vorgeschlagen. Und dieses Policy Lab soll Verwaltung und Wissenschaft in eine gemeinsame Verantwortung einfügen. Vor allem für die Wissenschaft bedeutet das, die Reputationsordnung aufzulösen, also nicht nur Wissenschaft für die Wissenschaft zu machen, also gute Papiere zu schreiben, sondern eben auch praxisrelevantes Wissen mit der Verwaltung zu machen. Dafür muss die Verwaltung sich aber auch auf die Wissenschaft einlassen und auch selbst ein aktives Tun bezeugen.

Wie machen wir das zusammen? Was bringen wir ein? Wir haben für ein Jahr zweieinhalb Stellen dafür vorgesehen, um diese In-Gang-Setzung des Policy Labs für Berlin anzubieten. Wir haben dieses Geld nicht nur alleine vom WZB, sondern, das sollte man zur Transparenz auch noch sagen, wir haben uns noch zwei Stiftungen dazu geholt. Das ist die Stiftung Mercator, einer der ganz großen Stiftungen, die aber auch hier in Berlin schon sehr vieles macht, eine eigene gemeinnützige Stiftung selbstverständlich, und wir haben die Deutsche Bundesstiftung Umwelt, nebenbei der größte Waldbesitzer in Deutschland, die uns hier helfen. Denn die große Aufgabe – es ist schon mehr als Jahrhundertwerk gedacht –, würde ich sagen, ist nicht nur ein Baumentscheid, ist nicht nur ein Klimaanpassungsgesetz, ist schlichtweg die Neuerfindung der Stadt, und wie man das schafft.

Warum haben wir das der Senatsverwaltung angeboten? – Weil, das haben wir jetzt schon gehört, Sie diese Aufgabe nicht aus der Linie heraus entwickeln können, sondern hier braucht es einen Aufbau einer eigenen Organisation. Ob das am Ende die besondere Aufbauorganisation ist, muss man noch einmal festlegen. Sie müssen jedenfalls aus der Linie heraus. Sie müssen eine Organisation schaffen, die dann auch, ich sage mal, mindestens mal mit Macht ausgestattet wird. Denn wir haben es schon bei den beiden Vorrednerin gehört: Es wird jede Menge Zielkonflikte geben. Es wird politisch zu entscheiden sein, wie man diese Zielkonflikte auflöst. Diese Einheit muss auch in Gang gesetzt werden und wir als WZB wollen das gerne unterstützen. Wir haben diese In-Gang-Setzung bisher unterstützt, wir haben die Textproduktion mitentwickelt, wir haben sehr viele Workshops mitgemacht. Wir sind im Regel-Jour-Fixe eingebunden. Wir haben senatsinterne Workshops mitorganisiert. Wir machen das übrigens zusammen mit unserem Kooperationspartner EVACONSULT. Frau Dr. Simon ist dort federführend, die auch in zwei Kuratorien hier in den Hochschulen ist. Wir sind also da auch bestens vernetzt. Wir haben dem Senat auch vorgeschlagen, wie man einen wissenschaftlichen Beirat besetzt. Nicht alle unsere Vorschläge werden auch immer eins zu eins umgesetzt, aber das gehört dazu. Wir stehen jetzt bereit, diese Einheit, deren Notwendigkeit wir jetzt gehört haben, auch in Gang zu setzen.

Da bin ich eigentlich auch schon am Ende meiner Ausführungen. Wir sind nicht beauftragt vom Senat, es fließt kein Geld vom Senat, sondern wir bringen das mit unseren eigenen Mitteln ein, um diese wirklich große Aufgabe durch neue, nicht nur durch inhaltlich neue Strukturen, zu schaffen, sondern durch neue Organisationsformate, die wir hier dringend brauchen. Da stehen wir zur Verfügung und hoffen, dass diese Hilfe dann auch aktiv weiterhin eingeklagt wird, damit wir hier diese große Aufgabe schaffen. Da würde ich persönlich mir auch

wünschen, dass wir die guten Vorarbeiten, die Verwaltung ist wirklich unglaublich engagiert, auf einen konstruktiven Weg bringen und dass man diese Aufbauorganisation, diesen Projektauftrag, jetzt sehr schnell einführt und dann diese Einheit, wie gesagt, die dann auch mit Macht ausgestattet wird, einsetzt und etabliert. – Damit bin ich auch schon am Ende und bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! Perfekt in der Zeit! – Herr Schäuble, Sie haben das Wort.

**Dirk Schäuble** (BUND Berlin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin Bonde! Sehr geehrter Staatssekretär! Liebe Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Wir freuen uns, dass wir hier sein dürfen. Gerne können wir hoffentlich auch ein bisschen was dazu sagen. Ich fange direkt mit dem Fazit an: Es wurde glaube ich auch schon erwähnt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Altbäume und Bestandsbäume konsequent schützen: Das wird ein wesentlicher Bestandteil dessen sein, wo wir, glaube ich, die meisten Konfliktpunkte haben. Wir als Verband bekommen wirklich Meldungen aus der ganzen Stadt, wo aus unserer Sicht Bestandsbäume und Altbäume gefällt werden, die erhalten werden könnten. Ich gehe auf die einzelnen Punkte gleich noch ein bisschen näher ein. Die Baumschutzverordnung nachschärfen: Das ist eine stadtweite Aufgabe. Deswegen finden wir die Ansiedlung bei der Umweltverwaltung okay, aber die anderen Verwaltungen gehören auch dazu, um dieses Gesetz umzusetzen. Wir müssen eventuell auch den Gebäudebereich noch mitdenken, wenn wir Klimaanpassung insgesamt ernst nehmen wollen, nicht nur draußen die Fläche, sondern auch wirklich der Innenbereich. Was für uns wirklich essenziell ist: grüne Flächen und andere klimaökologische Freiräume erhalten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Trotzdem ein ganz kurzer Blick zurück: Tatsächlich ist das jetzt nichts Neues. Es ist allgemein bekannt, dass Straßenbäume wichtig sind und dass sie ergänzt und gepflegt werden müssen. Das stand alles schon in der Charta Stadtgrün. Insofern sind wir froh, dass wir jetzt ein Gesetz haben. Kleiner Tipp: die Nachhaltigkeitsstrategie vielleicht auch als Gesetz, dann wird sie auch umgesetzt. Strategien und Papiere sind gut, aber wenn daran nichts gemacht wird, ist es natürlich sehr schade. Es ist aber nichts, was nicht schon bekannt war.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Klimaanpassung/Klimaschutz: Da von uns der Hinweis: Ja, die Klimakrise ist trotz allem das größte Problem. Ja, Anpassung ist notwendig, aber sie darf den Klimaschutz nicht verdrängen. Ein kleiner Appell: Wenn wir nur anpassen, verwalten wir am Ende nur die Schäden. Andere Regionen der Welt trifft die Klimakrise noch härter: Dürren, Waldbrände, Überschwemmungen, Hungersnöte. Klimaschutz erspart uns eventuell zukünftig weitere Anpassung. Das, wie gesagt, als Appell für alle!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Bäume: Das ist allgemein bekannt, ich muss nicht auf die einzelnen Funktionen des Baumes hinweisen, aber ja, sie sind mehr als Begleitgrün. Sie gehören zur kritischen Infrastruktur aus unserer Sicht. Besonders große und alte Bäume sind für die Klimaanpassung von großer Bedeutung, dementsprechend sind auch Straßenbauprojekte so zu planen, dass so wenig wie möglich Bäume gefällt werden. Klar, bei unterirdischen Infrastrukturmaßnahmen, die stattfinden müssen, sehen auch wir die Notwendigkeit, aber wie gesagt, es gibt immer Möglichkeiten den einen oder anderen Altbaum zu retten. Um einen Altbaum zu ersetzen, braucht man 400 Jungbäume, um die gleiche Funktion zu erhalten. Insofern: Wenn Sie einen Altbaum retten, müssen Sie nicht 400 Bäume pflanzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Baumschutzverordnung, weil wir jetzt auch beteiligt worden sind: Wir kennen den Entwurf, ich weiß nicht, ob er schon den Abgeordneten vorliegt. Wir hätten da durchaus noch Verbesserungsideen/-wünsche, die wir auch in der Stellungnahme zusammen mit den Verbänden bei der ... [unverständlich] abgegeben haben, unter anderem auch einen Schutz ab 60 Zentimeter Stammumfang, nicht 70 Zentimeter, auch die Einbeziehung von Rank- und Klettergehölzen – das ist für den Gebäudebereich wichtig, Fassadenbegrünung –. Das Baumkataster, das jetzt in der Baumschutzverordnung steht, das ist wahrscheinlich auch gedacht, aber trotzdem muss man es reinschreiben, dass es auch öffentlich zugänglich ist. Anwuchspflege, ein schönes Beispiel: Da sind jetzt fünf Jahre vorgesehen. Wir würden uns aber zehn Jahre, wenn nicht sogar noch mehr, wünschen. Ein kleiner Fehler, der passiert ist, ist, dass in § 2 Absatz 4 die Schutzgebiete für Ersatzpflanzungen gestrichen worden sind. Das heißt, dass da auch Ersatzpflanzungen stattfinden sollen. Das sehen wir kritisch, weil es natürlich auch Offen- und Halboffenlandschaften gibt, wo Schutzgebiete sind. Da sollten Bäume nicht nachgepflanzt werden, weil der Charakter dieser Offen- und Halboffenlandschaften erhalten werden muss. Die Intention war richtig, aber da sollten wir nachjustieren.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kommen wir zur Umsetzung in der Stadt: Das hatte ich, glaube ich, schon am Anfang gesagt, dass nicht nur die Umweltverwaltung in der Pflicht ist. Letztens in einem Seminar zum Artikel 8 der Wiederherstellungsverordnung, der vielleicht bekannt ist, ging es um den Übershirmungsgrad, und da gab es ein Beispiel aus Remscheid, die gerade damit zu tun haben, dass sie mehr Bäume pflanzen wollten und sich damit sehr intensiv beschäftigt haben. Ich fand dieses Konzept sehr spannend. Klar, es gehört alles dazu, wenn man Bäume pflanzen will – Hoch- und Tiefbau, Straßenbau, Verkehr. Was man mitdenken muss: Vor allem Bäume brauchen Platz. Sie brauchen Platz oben, und sie brauchen Platz unter der Erde. Das muss immer mitgedacht werden. Je besser es dem Baum geht, umso älter wird er auch. Auch da muss der Baum immer von Anfang an mitgedacht werden und auch in mehreren Ebenen.

Ich sehe aber auch die anderen Verwaltungen in Berlin in der Pflicht. Soziales, Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen sind alles, glaube ich, auch Klimaanpassungsverwaltungen. Die sollten sich da nicht raushalten, sondern müssen mit Personal und Geld unterstützen, nicht dass die Umweltverwaltung damit alleine zurechtkommen muss.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Leider aus aktuellem Grund; ich muss es leider wieder als Beispiel bringen: Ich verstehe es nicht, dass wir über ein Klimaanpassungsgesetz sprechen und gleichzeitig eine der größten klimaökologischen Flächen in der Stadt bebaut werden soll. Was soll das? Können wir das endlich mal vom Tisch lassen? Es bringt einfach nichts. Hier steht es noch einmal schwarz auf weiß, in der Legende dunkelgrün:

„Die Grün- und Freiflächen haben für den umliegenden Siedlungsraum eine sehr hohe Bedeutung als nächtlicher klimaökologischer Ausgleichsraum. Eingriffe sollten vermieden werden.“

Auch als Wahlkampfthema bitte rauslassen! Danke!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Gebäudebereich, das habe ich, glaube ich, auch schon gesagt: Das fehlt so ein bisschen im Klimaanpassungsgesetz. Menschen verbringen viel Zeit in Gebäuden. Dort entscheidet sich oft, wie gefährlich Hitze wird. Deshalb brauchen wir Ergänzungen im Gebäudebereich. Eventuell müsste man das Klimaanpassungsgesetz noch einmal überarbeiten, wobei ich dann übrigens auch – ich habe vorhin vergessen zu erwähnen, was wir empfehlen würden – wirklich den Übershirmungsgrad zu nehmen. Der ist nicht so statisch wie die 15 Meter. Dabei sehen wir durchaus Vorteile. – Vielen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Dann, Herr Strößenreuther, haben Sie das Wort!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

**Heinrich Strößenreuther** (BaumEntscheid e. V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Bonde! Sehr geehrter Herr Kraus! Schönen Dank für die Einladung! Gerne nehmen wir Stellung zum Umsetzungsstand und dem Zeitplan! Wir schließen uns selbstverständlich dem Lob aller Vorrednerinnen und Vorredner an. Ich hätte mir gewünscht, dass das Mobilitätsgesetz 2018 nach dem ersten Halbjahr ähnlich gut umgesetzt worden wäre, wie wir das jetzt zumindest feststellen können. Ich erspare mir die einzelnen Punkte. Ich glaube, das ist jetzt häufig genug genannt worden. Damit kommen auch gleich zum kritischen Part der Sechs-Monats-Bilanz. Wir haben letzten Woche mit dem einen oder anderem Journalisten gesprochen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier blinkt ein wenig durch, was das Thema ist.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der Kern ist tatsächlich der Verstoß gegen § 23 Absatz 3. Das Land Berlin hätte tatsächlich für das Umsetzungsplanungsprojekt Projekt- und Personalmittel zur Verfügung stellen müssen. Das scheint uns nicht der Fall zu sein. Wir haben sowohl im Hauptausschuss, wo wir eingeladen worden sind, als auch in den Verhandlungen sehr klar gemacht, dass 1,4 Millionen Euro in diesem Jahr, 4,8 Millionen Euro für nächstes Jahr für Personal und Fachplaner, um – wie Andreas Knie auch zu Recht sagt – ein solches Umsetzungsplanungsprojekt so mit Personal zu unterlegen, dass es diese gigantische Aufgabe erfüllen kann. Ich spreche von einer Jahrzehntaufgabe, nicht einer Jahrhundertaufgabe. Wir haben dieses Jahrhundert nicht mehr Zeit. Die Klimadaten laufen schneller hoch, als wir das beim Schreiben des Gesetzes anfänglich noch im Blick hatten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das Nachzuholen wird schwierig, wahrscheinlich erst im Nachtragshaushalt. Wenn dann Stellen genehmigt sind, ausgeschrieben sind und besetzt sind, sind wir ungefähr im nächsten Jahr zur gleichen Zeit. Das ist ein Jahr Verzögerung bei dieser wirklich wichtigen Aufgabe. Das Umsetzungsplanungsprojekt haben wir uns nicht irgendwie ausgedacht, sondern am Ende des Planungsprojekts soll keiner mehr sagen können: Wegen diesen oder jenen Gründen ist das Gesetz nicht umsetzbar. – Das muss einmal sauber hoch- und runteranalysiert werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dann kommen wir zum Faktor 100 in einer Fehleinschätzung. Im Gesetz steht nicht, dass lediglich 44 000 Straßenbäume nachzupflanzen sind, die man mit ein paar statistischen Veränderungen noch hinkommt, sondern laut Begründung und Verhandlung vor allem sind alle seit 2010 nicht wieder bepflanzten Baumscheiben nachzupflanzen. Ich habe Ihnen hier mal aus den öffentlich verfügbaren Quellen die Nachpflanzsalden der einzelnen Jahre zusammengestellt. In Summe fehlen 45 000 Bäume. Es kann sein, dass ein paar inzwischen nachgepflanzt worden sind. Wir sprechen aber nicht von 400 Bäumen, die bis Ende 2027 noch in den Boden zu stecken sind, sondern um den Faktor 100 mehr, nämlich 45 000.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das meint nicht nur das Gesetz, sondern auch der Regierende Bürgermeister hat versprochen, bis zum Ende seiner Amtszeit tatsächlich eine ausgeglichene Nachpflanzbilanz haben. Auch da wollen wir im Baumwahlkampf, der jetzt, glaube ich, angebrochen ist, intensiver daran erinnern.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kommen wir noch einmal zum Thema Kosten: Wir haben in den Verhandlungen 4 Milliarden Euro nicht einfach wegdiskutiert, sondern diese als Kostensenkungspotenziale unterlegt, einmal durch das aktive Einbeziehen von Privatkapital, durch innovative Pflanzmethoden, durch Standardisierung und Beschaffung. Da haben wir relativ wenig in der Diskussion, wie diese Kostensenkungspotenziale tatsächlich realisiert werden sollen. Wir sind in der argen Sorge, weil die Mittel nicht zur Verfügung stehen, dass genau das nicht passiert, und wir nachher nicht bei 3, sondern bei 7,2 Milliarden Euro landen. Entsprechend sind auch nicht 2,2 Milliarden Euro im Kernhaushalt, konsumtive und investive Mittel, eingeplant worden. Wir würden dem Senat und dem Umsetzungsplanungsprojekt empfehlen, zeitnah eine Kostenschätzung zu machen, sowohl für die mittelfristige Finanzplanung, die im Sommer stattfindet, soweit ich informiert bin, also auch für den Nachtragshaushalt, dass die dann neu gewählten Abgeordneten schnell entscheiden können, um dieses Defizit von einem Jahr so schnell wie möglich zu beseitigen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Kommen wir noch einmal zu den eigentlichen Herausforderungen des Umsetzungsplanungsprojekts: Ich habe vorher zu viel von Bottom-up gehört. Ich glaube, vor allem bei diesen großen Zahlen gibt es auch Top-down-Herangehensweisen, also von hinten zu rechnen. Wenn 700 000 Straßenbäume in die Erde reinzubringen sind, 170 Hitzeviertel, so wie es der § 3 in Verbindung mit § 2 auch festlegt, muss man überlegen, wie man das eigentlich hinkommt. Jetzt nur von heutigen Prozessen auszugehen, die bis jetzt die Aufgaben nicht bewerkstelligt haben, sonst hätten wir nicht parteiübergreifend einstimmig das Gesetz beschlossen, ist für die Aufgabe zu wenig. Wir hören bis jetzt auch nur sehr wenig über die Prozess- und Projektlogik, um innerhalb von zwölf Jahren 170 Hitzeviertel jeweils innerhalb von drei Jahren zu simulieren, zu beteiligen, zu planen und baulich abzuschließen, 36 Monate. Da muss man weit mehr in Standardisierung, Skalierung und Digitalisierung miteinsteigen. Da hören wir in all den Präsentationen auf verschiedenen Anlässen, die wir im letzten halben Jahr gehört haben,

leider herzlich wenig. Da muss man vielleicht auch noch einmal darüber nachdenken, welche Berater man jetzt tatsächlich an Fachberatung braucht, die genau so etwas gut können.

Der letzte Punkt, Einrichtung eines Projektteams von mindestens zehn Fach-, Prozess- und Strategieberatern oder vergleichbar qualifizierte Mitarbeiter sowie je Bezirk je eine Person. Ich glaube, das ist das Mindeste, was man braucht, um diese 18 Monate, die im Gesetz vorgesehen sind, mit Schwung zu versehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In Summe würden wir ein paar kleine Dinge noch begrüßen, wenn den guten Konsens und Willen der Verhandlungen anschau: Wir haben uns zwar darauf eingelassen, den wissenschaftlichen Kontrollbeirat in einen wissenschaftlichen Beirat umzubenennen, aber uns ist in den letzten Tagen leider sehr wenig in der Presse aufgefallen, dass er im Kern Kontrollpflichten und nicht die üblichen belanglosen Beiratspflichten hat, wie man es sonst von wissenschaftlichen Beiräten gewohnt ist. Er muss eine harte Kontrollaufgabe alle zwei Jahre vornehmen und bei Bedarf tatsächlich auch eher. Wenn man ins Gesetz genauer reinschaut, gibt es tatsächlich jetzt schon Bedarf, sodass der Senat tätig werden würde.

Die Besetzungsvorschläge kursierten auf verschiedensten Wegen, insofern wollen wir die Namen auch nicht nennen. Ich finde den Vorschlag von Herrn Kraus einen ganz guten. Was uns aber auffällt: Wir haben keine lokale Kompetenz dabei, und zwar Kompetenz einer zweigliedrigen Stadtstaatenverwaltung, von einer Senats- und Bezirksverwaltung und den Problemen, die damit verbunden sind, plus dem: Berlin ist berühmt mit dem Satz: „An der Umsetzung hapert's.“ Da sind keine erfahrenen Wissenschaftler aus Transformationsbereichen, die tatsächlich Umsetzungserfahrung haben, dabei.

Der zweite Punkt: fehlende Praxiserfahrung bei großen Infrastrukturprojekten. Was in diesem Gesetz steht, hat die Komplexität eines BER oder Roll-out-Aufgaben von zehntausend Ladesäulen in die Stadt oder Ähnlichem. Auch dort nehmen wir bei den Namen, die kursieren, herzlich wenig Erfahrung für diese Aufgabe wahr. Wir würden anregen, das noch einmal zu korrigieren. Aus gutem Grund sind die Namen nicht öffentlich. Da könnten Sie tatsächlich auch einmal tätig werden.

Von unserer Seite schwingt ein wenig eine kleine Enttäuschung mit. Bis jetzt gab es keinen einzigen Workshop, wo unsere Expertise miteinbezogen worden ist. Wir haben 2024 nicht nur ein Gesetz geschrieben und mit vielen Leuten gesprochen, sondern auch 130 Studien quergelesen und uns viele Gedanken gemacht, was machbar ist, was nicht machbar ist, wo die Schwierigkeiten sind. Wir begrüßen, dass die Entscheidung der politischen Hausleitung offener wird, aktiv mit uns zusammenzuarbeiten, um unsere Expertise und unseren Expertenpool miteinbeziehen zu können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Damit komme ich zur letzten Folie: Wir hätten uns nach diesen gelungenen Verhandlungen – da kann ich mich den Worten der Vorrednerinnen und Vorredner noch einmal anschließen – einen besseren gemeinsamen Projektstart gewünscht. Dennoch ist es ein guter Start, weit besser als damals beim Mobilitätsgesetz, das auch eine große Transformationsaufgabe hat. Inso-

fern meinen herzlichen Dank an die Verantwortlichen in der Verwaltung auf den verschiedenen Ebenen. Was es jetzt braucht, ist die Einplanung von Personal und Mittel, um die nötige Geschwindigkeit wieder aufzuholen. – Schönen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Frau Senatorin Bonde, Sie haben das Wort!

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Ich möchte gerne etwas zu drei Punkten sagen: Ich möchte gerne etwas zu der Anzahl der Bäume sagen, die bis zum 31. Dezember 2027 wiederhergestellt sein müssen. Ich weiß nicht, ob wir da unterschiedlicher Auffassung sind, das Gesetz unterschiedlich lesen, Herr Strößenreuther, jedenfalls lese ich das Gesetz und hier § 6 Absatz 1 so, dass bis um 31. Dezember 2027 440 000 Bäume wiederhergestellt sein müssen.

Zu dem wissenschaftlichen Beirat, den wir jetzt benannt haben: Sie sprechen davon, dass Namen kursieren. Wir sagen: Es gibt noch keine Öffentlichkeit hinsichtlich der Namen, weil wir eben noch abwarten, dass diejenigen, die wir vorgeschlagen haben, auch zusagen, auch wenn sie ihre grundsätzliche Bereitschaft schon erklärt haben. Insofern finde ich es auch denjenigen gegenüber, die wir vorgestellt haben, und die über eine breite Expertise verfügen – – und zwar eine Expertise, die all das, was Sie benannt haben, auch abdeckt. Das war uns auch wichtig, dass das wirklich nicht nur Beiräte sind, die sich ausschließlich mit Naturschutz oder Klimaanpassung beschäftigen, sondern dass wir da sehr breit aufgestellt sind. Sie haben das Beispiel des BER oder U-Bahn-Baus gebracht. Genau deswegen haben wir diejenigen, die wir benannt haben, benannt, damit wir breit aufgestellt sind. Es ist ein wissenschaftlicher Beirat und eben kein Kontrollrat, und darauf haben wir uns auch im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens verständigt.

Der dritte Punkt ist der, dass Sie gesagt haben, dass Sie nicht eingebunden waren und dass wir Ihre Expertise nicht abfragen. Natürlich tun wir das. Sie haben mit auf dem Podium gesessen. Uns ist aber wichtig, nicht nur die Initiatoren des BaumEntscheids, sondern auch diejenigen, die es dann auch umsetzen müssen, und auch andere NGOs mit an den Tisch zu bringen. Das haben wir auch getan. Insofern war es mir wichtig, gerade zu Ihren Ausführungen, Herr Strößenreuther, auszuführen. Ich möchte wirklich nicht in den Konflikt oder Streit mit Ihnen kommen, sondern möchte nur darstellen, dass wir es anders sehen, als Sie es gerade dargestellt haben. Wir können aber auch gerne im Nachgang zu dieser Sitzung uns dazu noch einmal austauschen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Dann vielen Dank noch einmal für die Ausführungen! – Wir kommen zur Aussprache. Als Erster hat Herr Dr. Efler das Wort.

**Dr. Michael Efler (LINKE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will auch zuerst damit anfangen, dass wir hier über ein Jahrhundertprojekt reden, das wurde schon mehrfach genannt, über eines der wichtigsten Gesetze dieser Legislaturperiode und wahrscheinlich das weitreichendste im Klima- und Umweltbereich, das in dieser Wahlperiode beschlossen worden ist. Das ist vollkommen klar. Wir haben das von Anfang an unterstützt. Für uns ist das auch eine sehr starke soziale Frage, weil ja diejenigen, die unter der Klimakrise zu leiden haben, auch häufig Menschen sind mit wenig Einkommen oder Menschen, die keine Wahl haben, ob sie zum Beispiel draußen arbeiten müssen oder anderweitig davon betroffen sind. Ich

will auch sagen, dass auch wir das Engagement derjenigen in der Verwaltung und auch in der Politik würdigen, was sie bisher zur Umsetzung des Gesetzes gegeben haben. Da ist auf jeden Fall einiges passiert. Jetzt haben wir aber die Situation, dass wir den 21. Mai seit einer Woche hinter uns gelassen haben, und ich würde sagen, dass die Schonzeit vorbei ist.

Wir haben ein Gesetz, das klare Fristen enthält, und wir müssen genau darauf schauen, wo wir stehen. Wenn ich das mal alles zusammennehme – ich glaube, es gibt vielleicht noch die eine oder andere Unklarheit –, dann haben wir doch festzustellen, dass eine ganze Reihe von Vorgaben des Gesetzes bislang nicht umgesetzt worden sind. Das gilt auf jeden Fall für die Novellierung der Baumschutzverordnung. Das gilt für den Projektauftrag für das Umsetzungsplanungsprojekt, es gilt für die Einrichtung des Steuerungskreises, es gilt für die Zurverfügungstellung von Personal und Sachmitteln, und es gilt auch für den wissenschaftlichen Beirat, wo ich jetzt höre, dass ganz viel kursiert, aber noch nichts auf dem Tisch liegt. Mir ist klar, dass einiges davon wahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten tatsächlich geregelt wird, und dass wir den einen oder anderen Haken setzen können.

Ich würde es aber auch so sehen, dass wir beim Gesetz, das aufgrund eines Volksbegehrens zustande gekommen ist, womit sich alle politischen Kräfte geschmückt haben, eigentlich hätten weiter sein müssen. Das finde ich schon, dass das mit dazugehört. Wenn man dann auch noch hört, dass ein Regierender Bürgermeister getönt hat, dass am Ende seiner Amtszeit mehr Straßenbäume gepflanzt worden, als gefällt worden sind, dann frage ich mich, wo wir hier stehen. Vor allem – das ist auch schon angesprochen worden – kommen schon wieder die nächsten Aufgaben und Fristen näher. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes müssen zum Beispiel der landesweite Hitzeaktionsplan – dazu habe ich nachher noch eine Frage –, Klimaanpassungsprogramm, Klimarisikoplan – die haben wir schon – und eine vorsorgende Klimaanpassungsstrategie vorliegen. Das heißt, dass möglicherweise weiterer Verzug droht. Ich bedauere sehr, dass es mindestens unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, was die Einbeziehung der Vertreterinnen und Vertreter des BaumEntscheids angeht. Da würde ich nachfragen, was tatsächlich passiert ist oder auch nicht. Das ist natürlich sehr ärgerlich.

Ich beginne direkt mit den Fragen, um es nicht so lange zu machen, und beginne mit dem Senat: Ich fange damit an, warum eigentlich der § 23 Absatz 3, also das Zurverfügungstellen von Personal und Sachmitteln ganz offensichtlich nicht umgesetzt worden ist. Wo hakt es denn da? Was ist da das Problem? Warum wird nur mit Bordinstrumenten gearbeitet?

Zur Frage der 440 000 Straßenbäume, ob da möglicherweise unterschiedliche Interpretationen vorliegen. Ich bleibe mal bei 440 000 Straßenbäumen. Wo stehen wir denn da tatsächlich aus Ihrer Sicht? Ich weiß, dass das Ganze erst bis Ende 2027 zu erfüllen sein wird, und dann hoffentlich von einem anderen Senat. Es wäre spannend, schon zu wissen, wie wir Ende des Jahres dastehen, wo Sie durchaus noch Verantwortung tragen. Wie weit sind wir dann vom Ziel entfernt oder auch nicht?

Die Einrichtung der Geschäftsstelle interessiert mich: Wann wird die Geschäftsstelle für den wissenschaftlichen Beirat und den Steuerungskreis eingerichtet?

Zum Hitzeaktionsplan: Es gibt einen Hitzeaktionsplan des Senats. Da würde mich mal interessieren, ob sie das so bewerten, dass der Hitzeaktionsplan schon der gesetzlichen Pflicht aus dem Klimaanpassungsgesetz entspricht. Es reicht ja nicht, einfach nur irgendeinen Plan zu

haben, sondern der hat ganz bestimmte Vorgaben und Kriterien und ob das Ihrer Meinung nach schon erfüllt ist oder ob da noch nachgearbeitet werden muss.

Dann haben wir von Frau Dr. Grützmacher einiges gehört, auch an Unklarheiten und Herausforderungen. Sie haben „grünes Licht auf der Bearbeiterebene“ angesprochen. Ich glaube, dass es da um Straßentwässerung ging. Da will ich auch fragen, wie der Stand der Dinge bei diesem Vorgang ist.

Dann würde ich – ich beeile mich aber – an die Anzuhörenden noch schnell ein paar Fragen stellen, an einige zumindest. An Prof. Knie: Ich finde es immer super, wenn man davon redet, irgendetwas mit Macht auszustatten. Wir wünschen uns das auch als Opposition. Ich habe es in dem Zusammenhang aber nicht genau verstanden, wen Sie genau meinen. Wer soll mit mehr Macht ausgestattet werden? Auf welche Rolle haben Sie da genau angespielt? Dann noch ein bisschen: Wie lange ist die Begleitung durch das WZB? Ist das fix? Ist das erst einmal – weil es auch vor allem Stiftungsmittel sind, habe ich verstanden – befristet und man schaut einmal, ob es möglicherweise verlängert wird? Wollen Sie das dauerhaft begleiten oder ist es erst einmal für die Anschubphase?

An Herrn Strößenreuther schon noch einmal die Frage der Einbindung. Da stand ein bisschen Aussage gegen Aussage. Was ist da tatsächlich nicht passiert, was Sie sich zumindest gewünscht hätten? In welcher Form hat es eine Einbindung gegeben?

An Frau Dr. Grützmacher die Frage: Sie haben die Finanzierung und das Gebührenmodell angesprochen. Das interessiert uns auch sehr. Welche Finanzierungsunklarheiten bestehen da? Was genau meinen Sie mit „Gebührenmodell“? Was genau erwägen Sie? Erwägen Sie Aufgaben des Klimaanpassungsgesetzes eventuell über eine Gebührenerhöhung umzusetzen oder was haben Sie angedeutet?

An Frau Ellenbeck stelle ich die Frage zur bezirklichen Hitzeaktionsplanung. Das ist auch eine Aufgabe des Gesetzes und eine Verpflichtung. Wie sieht das in Tempelhof-Schöneberg aus, und wie schätzen Sie es für die anderen Bezirke ein, wenn Sie das können und mögen? Inwieweit ist das auch mit den vorhandenen knappen Ressourcen leistbar?

Herrn Schäuble will ich ganz herzlich dafür danken, dass er darauf hingewiesen hat, wie absurd es ist, sich für ein Klimaanpassungsgesetz zu rühmen, aber auf der anderen Seite das Tempelhofer Feld großflächig zuzubauen und das auch noch zur Bedingung für eine Koalition zu machen. Ich finde es aber eigentlich gar nicht schlecht. Dann landet die CDU wenigstens in der Opposition, und das ist auch etwas Gutes. – Danke schön!

**Vorsitzende June Tomiak:** Frau Vierecke!

**Linda Vierecke (SPD):** Vielen Dank für die zahlreichen Ausführungen von Ihnen als Anzuhörende! Ich würde mal sagen, dass wir mehrere Sachen haben, die wir hier gerade diskutieren, die wichtig sind. Einmal: Wie arbeitet man mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt, mit der Zivilgesellschaft, mit der Wissenschaft zusammen? Ich glaube, dass das eine der großen Herausforderung ist. Für mich ist die große Frage, wie diese neue Phase, die wir haben, beginnt. Ich bin auch der Meinung, dass es im letzten halben Jahr es wirklich notwendig war, den Senat arbeiten zu lassen und sich erst einmal diese große Herausforderung

anzueignen, aber wir haben wir ein Gesetz verabschiedet und werden ganz klar auf die Fristen achten. Ich habe großes Verständnis dafür, dass die vielleicht nicht ganz gehalten werden. Wenn wir ehrlich sind, haben wir es am 3. November beschlossen, es ging als Gesetz am 25. November ein. Sagen wir mal ehrlich, das Jahr war auch schon zu Ende. Deswegen habe ich da eine Kulanz auch gegenüber einzelnen Wochen, aber es ist klar, dass der Senat zeigen muss, wo es langgeht.

Wir sind der Auffassung – das haben wir auch in den Verhandlungen immer gesagt –, dass es nicht ohne Geld geht. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Abgeordnetenhaus im Einzelplan 29, der Plan, wo auch das Sondervermögen vermerkt ist, für 2026 10 Millionen Euro und für 2027 30 Millionen Euro beschlossen hat – mit einem Sperrvermerk, das ist klar, weil das Geld nicht einfach so ausgegeben wird, sondern der Senat dafür einen Plan vorlegen wird. Aber an sich sind wir gewillt, dafür Geld auszugeben. Da liegt der Ball ganz klar beim Senat. Ich weiß, dass da gerade viel zu tun ist, aber ein paar Fragen habe ich eben dann schon. Das sind investive Mittel, wichtig sind aber auch die konsumtiven. Ich glaube, gerade ist aus der Anhörung klar geworden, gerade in den Bezirken und auch von anderen, dass es ganz ohne nicht gehen wird.

Meine konkreten Fragen: Ich fange erst einmal bei Herrn Knie an: Ich freue mich ja sehr, dass Sie als WZB dabei sind. Ich habe es aber auch noch nicht ganz verstanden. Das WZB steht nicht im Gesetz, nichtsdestotrotz ist das natürlich super, dass wir so eine Begleitung haben. Mich interessiert aber, wie Sie als Policy Lab konkret mit dem Senat zusammenarbeiten – natürlich steuert der Senat da –, und wie lange Ihre Arbeit geht. Wie lange begleiten Sie den Prozess? Sie sagen, Sie geben Anmerkungen, Sie geben Ideen, aber aufgegriffen werden muss es nicht. Was ist die Basis der Zusammenarbeit, auf die man sich geeinigt hat? Ich finde wichtig, dass wir wirklich Klarheit gegenüber der Öffentlichkeit schaffen, gerade weil es kein Gesetz ist, sondern ein Player, der unterstützend tätig ist, was ich sehr begrüße.

Ich habe das Geld im Sondervermögen erwähnt. Das sind investive Mittel. Frau Ellenbeck, vielleicht mal in die Praxis: Was könnten Sie denn morgen mit entsprechenden investiven Mitteln umsetzen? Das würde mich wirklich interessieren. Wir sehen ganz klar die Notwendigkeit der Mittel, also der Straßenbäume, die wir brauchen, der blau-grünen Infrastruktur. Was könnten wir jetzt schon damit machen?

Die gleiche Frage würde ich auch an Frau Grützmacher stellen. Bei den 1 Milliarde Euro ist immer von 300 Millionen Euro für die blaue Infrastruktur die Rede. Sind Sie in der Lage, das auf die Straße, unter die Straße oder wo es auch hingehört zu bringen und einen Mehrwert für diese Stadt zu schaffen? Ab wann kann das losgehen?

Herr Strößenreuther! Ich habe auch die Töne vernommen. Ich freue mich, wenn der Senat hier sagt: Super Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft! – Das ist mir total wichtig, und dafür werden wir uns als SPD-Fraktion auch auf jeden Fall einsetzen. Ich glaube aber, dass Kommunikation auch da ist, dass es da auch mal stockt, ist richtig, aber da lade ich gerne auch ein, Brückenbauerin zu sein. Mir ist aber wichtig, dass der BaumEntscheid e. V. bei den nächsten Schritten, die Expertise, die Sie da mit eingebracht haben, auch dabei ist. Das Gleiche geht auch für Verbände wie den BUND. Ich glaube, ohne Sie geht es nicht in dieser Stadt, so habe ich dieses Projekt immer verstanden. Wir haben das gemeinsam verabschiedet und nicht, um es dann aus der Hand zu geben. Da noch einmal die Frage: Was bräuchten Sie als Verbände – da spreche ich Sie ausdrücklich alle an –, dass das auch passiert?

Die Frage der Finanzierung: Wie gesagt, die Gelder sind da. Der Senat muss dafür aber ein Konzept vorlegen. Was müsste im investiven Teil schon jetzt daraus passieren? Sie sprachen von 1,4 Millionen Euro und 4,8 Millionen Euro für Personal und Fachberater. Das sind sicherlich konsumtive Mittel, die da genannt sind. Ich komme insgesamt auf 6,2 Millionen Euro. Verstehe ich richtig, dass das die Summe wäre, mit der Sie zurzeit eigentlich zufrieden wären, wenn man im Haushalt eine Möglichkeit findet? Das kann ja nur die Möglichkeit der Umschichtung sein, die der Senat vornimmt, um dieses Gesetz auf den Weg zu bringen. Verstehe ich Sie richtig, dass Sie damit Ihre Kritikpunkte als erledigt sehen? Das würde mich interessieren.

Dann ganz konkret an den Senat: Das war jetzt eine ganz harte Arbeitsphase, und da ist richtig viel passiert. Jetzt kommt der nächste Schritt. Wer ist denn jetzt bei der SenMVKU für das Klimaanpassungsgesetz zuständig? Welche Abteilung ist das? Wer führt das jetzt alles zusammen? Wo liegt das, und wo können sich die Bezirke hinwenden? Wer führt dieses große Projekt, wie wir es beschrieben haben, zusammen? Es gab ein Plädoyer für eine eigene Organisation, das kam von Herrn Knie. Da vielleicht auch noch mal die Frage Richtung Bezirke,

aber auch an den Senat. Braucht es die eigene Organisation? Wir haben im Gesetz den Aufbaustab beschlossen. Sind dafür Mittel hinterlegt – Anfrage an den Senat –? Was genau können Sie als Senat jetzt schon machen? Sie haben die verschiedenen Schritte und auch die, sage ich jetzt mal, Beschlüsse, die gefasst werden müssen, beschrieben. Was könnten wir aber auch schon jetzt mit den investiven Mitteln, die wir als Haushaltsgesetzgeber bereitgestellt haben, auf die Straße bringen?

Vielleicht auch noch einmal die Frage, wie Sie sich denn die Rolle der BWB bei der Umsetzung vorstellen, wenn es um die blaue Infrastruktur geht. Geht das Geld an die BWB und wird umgesetzt, oder wie kann man sich das vorstellen?

Sie müssen eine Vorlage des Projektauftrag für das Umsetzungsplanungsprojekt vorlegen. Das ist der Senatsbeschluss, der jetzt ansteht, wenn ich das richtig verstehe. Das ist wirklich ein wichtiger Beschluss. Können Sie sagen, wann genau der kommt? Ist dort dann vorgesehen, wie die Umsetzung in den nächsten anderthalb Jahren auch mit Sachmitteln und mit Personalmitteln eventuell auch versehen ist? Sind da konkret Personal- und Sachmittel eingestellt oder nicht? Wenn nein, wie wird die Umsetzung bis zum Jahr 2028 passieren? – Danke schön!

**Vorsitzende June Tomiak:** Herr Dr. Altuğ!

**Dr. Turgut Altuğ (SPD):** Danke, Frau Vorsitzende! – Danke an alle Beteiligten, die bis jetzt dabei sind, dieses umfangreiche Gesetz umzusetzen. Ich kenne kein anderes Gesetz in diesem Haus, über das in so einer frühen Phase so viel Kritik geübt wurde. Man könnte das gut oder schlecht finden. Wenn man davon redet, dass Gesetze erlassen werden und man sie umsetzen muss: Ja, aber es gibt leider in unterschiedlichen Bereichen Gesetze, die nicht nur hier in diesem Haus verabschiedet worden sind, sondern auch im Bundestag, die nicht umgesetzt worden sind oder teils und so weiter. Warum erzähle ich das? – Aus dem Grund, dass sie selbstverständlich umgesetzt werden müssen, aber dafür braucht man auch Zeit. Ich verstehe diese Ungeduld von denen, die demgegenüber kritisch sind, nicht. Ich verstehe das auch, das gehört dazu, aber ich finde, dass man das in dieser Phase, wenn ich es ein bisschen überspitzt formulieren darf, nicht schlechtreden und totmachen sollte. Ich bin da optimistisch, wenn ich sehe, wie viele engagierte Menschen daran arbeiten und was sie in den letzten sechs Monaten geschafft haben.

Das kenne ich übrigens auch nicht von einem anderen Gesetz in diesem Haus. Wenn man sich jetzt hier hinstellt und davon redet, dass die Frist für die Novellierung der Baumschutzverordnung ein paar Tage oder paar Wochen schon vergangen sei, frage ich mich, was man in der Regierungszeit gemacht hat, ob man überhaupt reingegangen ist. Als die Linke mit verantwortlich war, wurde die Baumschutzverordnung auch nicht novelliert. Daher finde ich, dass man auch ein bisschen abrüsten und sagen könnte, wie wir gemeinsam dieses Gesetz umsetzen können, wenn tatsächlich das Interesse besteht, dass die Kräfte, die die Umsetzung des Gesetzes in dieser Phase kritisieren, das tatsächlich mitgestalten wollen. Ich wünsche mir, dass die zukünftigen Senate und Regierungen fortsetzen, was bis jetzt erreicht wurde. Ich bin da optimistisch, anders als viele andere hier. Habt Vertrauen in die Verwaltung, in die Menschen!

Da würde ich auch fachlich ganz kurz paar Punkte ansprechen: Man, Frau auch, redet hier oft von Straßenbäumen, und wenn man von Stadtbäumen redet, dann dürfen wir nicht nur von Straßenbäumen reden – über die Probleme hat man gesprochen, Leitungen und so weiter und so fort –, sondern wir müssen auch über die Anlagenbäume in den Grün- und Parkanlagen und so weiter reden. Ob das Gesetz nur um die Straßenbäume geht? – Da steht Stadtbäume. Ich finde es ist einfacher, wenn man eine Fläche zum Beispiel von landeseigenen Wohnungsbau- gesellschaften, den Wasserbetrieben oder der BSR oder wie sie alle heißen entsiegelt und dort Tiny Forests anpflanzt. Da ist es deutlich einfacher als bei den Straßenbäumen.

Ich meine nicht, dass man die Straßenbäume vernachlässigen soll. Ja, bitte nicht in diesem Entweder-oder denken, sondern Sowohl-als-auch. Ich finde, dass da auch die Kosten deutlich geringer sind, wenn wir Anlagenbäume in Parks und Grünanlagen anpflanzen. Warum nicht Obstbäume zum Beispiel? Ich finde, dass da noch viel Potenzial ist, und ich bin, wie gesagt, zuversichtlich, dass die Umsetzung des Gesetzes Erfolg haben wird.

Letzter Punkt – Sie haben, Frau Dr. Grütmacher von den Wasserbetrieben, das zu Recht gesagt –, blaue Infrastruktur: Inwieweit sagt man, dass man nicht nur in diesen Hitzeinseln, sondern auch in der Stadt allgemein Wasserflächen entstehen lässt? Ich finde, es ist ein sehr wichtiger Punkt, dass man Regenwasser nicht nur absickern lässt, sondern auffängt und so weiter, aber so auffängt, dass das auch oberirdisch ist, dass man im Sommer Kühlungseffekte des Wassers spürt und erfährt. Das wäre auch gut. Ich stelle mir so kleine Seen – das hört sich ein bisschen komisch an, aber um es einmal bildhaft zu machen – in der Stadt vor. Nicht nur das Stadtgrün, sondern auch die blaue Infrastruktur ist wichtig. – Danke noch einmal an alle Beteiligten!

**Vorsitzende June Tomiak:** Frau Leschewitz!

**Franziska Leschewitz (LINKE):** Vielen Dank! – Wir haben jetzt schon viele Ausführungen gehört. Sehr umfangreich war sie von meinem Kollegen Dr. Efler. Daher habe ich jetzt nicht ganz so viel. Mich würde nur einmal interessieren – eine Frage an Frau Dr. Ellenbeck –, wie andere Kommunen, die auch so eine Einwohnerzahl haben wie ein Bezirk in Berlin, sagen wir mal circa 200 000 Einwohner, das personell, technisch und finanziell schaffen, zum Beispiel Bremen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Herr Zander!

**Christian Zander (CDU):** Vielen Dank! – Es wurde gesagt, man muss eine Organisation aufbauen, die mit Macht ausgestattet wird, Herr Prof. Knie. Herr Schäuble hat gesagt, dass das eine stadtweite Aufgabe ist, und auch Frau Dr. Ellenbeck hat von einer Verschlinkung von Strukturen gesprochen. Ich verstehe das alles als Plädoyer dafür, dass es als Landesaufgabe und nicht als Bezirksaufgabe gesehen wird. Deshalb würde ich Sie, Frau Dr. Ellenbeck, einmal direkt fragen, wie Sie die Rolle der Bezirke sehen. Sie hatten auch dargestellt, dass Sie überwiegend eher Mittel für die Pflege anstatt für Pflanzungen zur Verfügung gestellt bekommen haben. Würden Sie das sagen, dass man das vielleicht so aufteilt, dass die Bezirke für die Pflege zuständig sind und für Nach- und Neupflanzungen die neue Struktur, die aufgebaut wird? Das würde mich daran mal interessieren. – Zur blauen Infrastruktur ist schon sehr viel gesagt worden.

Ich würde noch einmal auf Herrn Strößenreuther zu sprechen kommen. Sie haben Ihr Statement mit Lob begonnen, und dann haben Sie Ihren Vortrag gehalten. Wenn ich jetzt Schüler wäre, und das wäre eine Verbalbeurteilung eines Zeugnisses, wäre ich sehr verunsichert, was Sie mir damit hätten sagen wollen. Sie hatten zum Beispiel davon gesprochen, dass Sie mit einer zwölfmonatigen Verzögerung rechnen. Wir sind gerade im ersten halben Jahr, nach dem das Gesetz gestartet ist. Da würde ich mal gerne wissen, wie Sie darauf kommen, dass es eine zwölfmonatige Verzögerung gibt. Sie hatten sich dabei auch nicht auf die tabellarischer Darstellung bezogen, die Herr Staatssekretär Kraus vorgestellt hatte. Aus dieser Darstellung konnte ich jetzt keine Verzögerung entnehmen, sondern eigentlich, dass alles so im Plan ist, wie es auch das Gesetz vorsieht. Zugegebenermaßen war auch schon jetzt klar, wurde auch selbst zugestanden, dass wir es nicht geschafft haben, bis zum Ende Mai die ersten Schritte umzusetzen, allerdings hat die Verwaltung es bis zu diesem Ziel schon geschafft, das Ganze zu erarbeiten. Es wurde noch nicht abgestimmt und letztlich beschlossen. Insofern ist es halbwegs erfüllt worden. Es wurde auch gezeigt, dass die Fristen durchaus ernst genommen werden. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass die anderen Fristen durchaus ernst genommen werden.

Bei dem anderen Punkt muss ich Frau Senatorin Bonde auch zustimmen. Ich wüsste nicht, wie man § 6 KAnGBln fehlinterpretieren würde, weil ganz klar die Zahl von 440 000 Bäumen als Ziel genannt worden sind. Da gibt es keine Fehlinterpretationen, weil es auch so klar da steht. Dann hatten Sie bei dem Beirat ein bisschen kritisiert, dass die gar keine Verwaltungserfahrung bei dieser Zweigliedrigkeit hätten. Ich glaube aber auch nicht, dass es Ziel der Sache ist. Der Beirat soll ja nicht exekutiv tätig werden, sondern wissenschaftlich begleiten und Gutachten erstellen. Ich glaube, da gibt es einen anderen Schwerpunkt. Insofern glaube ich auch, dass da die Personen auch für die Aufgabe, die sie wahrnehmen sollen, gut und sorgfältig ausgewählt worden sind.

So ein bisschen irritiert mich das Herumreiten auf den Personal- und Sachmitteln: So und so viele Millionen müssten es sein. Da ist ja noch gar kein Geld zur Verfügung gestellt worden. – Erst einmal müssen wir festhalten, dass schon ziemlich viele Menschen in der Verwaltung damit beschäftigt gewesen sind, die bisherigen Ziele zu erarbeiten und zu erreichen. Die kosten auch irgendwie alle Geld und werden aus dem Haushalt bezahlt. Wenn ich es richtig verstanden habe, Herr Staatssekretär Kraus, haben Sie auch schon eine Firma mit einem Auftrag versehen, die auch im Sinne tätig wird. Die kostet ja auch irgendwie Geld, das würde ich auch als Sachmittel darstellen. Insofern finde ich es falsch zu sagen, hier würden keine Personal und Sachmittel nach § 23 Absatz 3 KAnGBln zur Verfügung gestellt. Das ist mitnichten der Fall. Man ist hier schon am Erarbeiten. Ich finde es auch richtig, dass man sich erst Gedanken über eine vernünftige Struktur macht, bevor ich sage: Jetzt baue ich mal einen Personalkörper auf, der könnte vorgehalten werden, mal gucken, nachher passt man es noch einmal an. – Das wäre völlig ineffektiv. Insofern kann der zweite Schritt auch nicht vor dem ersten gemacht werden. Ich glaube, alles das, was erforderlich ist, wurde bereits erarbeitet oder ist in Erarbeitung. Das ist auch ausreichend ausgestattet. An einem Mangel an Ausstattung liegt es jetzt nicht, dass irgendwas nicht passiert wäre, weil eigentlich auch alles passiert, was das Gesetz vorsieht. Insofern kann ich diese Kritik hieran überhaupt nicht nachvollziehen.

Es ist auch dargestellt worden, dass die Koalition Mittel zur Verfügung gestellt hat. Sobald die Strukturen alle aufgestellt worden sind, es Beschlüsse darüber gibt, kann das Geld, auch wenn man zusätzliches braucht, auch abgerufen werden. Der Rest wird nun mal im Rahmen

des Haushalts, wie er aufgestellt worden ist, auch zur Verfügung gestellt, ohne dass wir da extra noch etwas als Titel oder so etwas ausweisen müssen. Das ist vielleicht auch ein Missverständnis, dem hier einige unterliegen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Herr Lux!

**Benedikt Lux (GRÜNE):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch schon mal für das Wortprotokoll. Nach dem vorigen Beitrag ist es ja, glaube ich, für die Zukunft ganz sinnvoll. Aber wir suchen ja nicht nach Schuldigen, sondern nach einer Lösung. Deswegen wollte ich mal den Senat fragen: Ich stimme Ihnen zu, dass wir nicht Doppelstrukturen aufbauen sollten, aber die Frage ist ja: Was und wo ist die Struktur, die sich abzeichnet? Frau Bonde, das fand ich auch sehr schön; Sie haben das gesagt: Wir betrachten schon mal das, was da ist. – Ich denke, wir sind uns einig, dass gesunde Bäume erhaltenswert sind. Klar, es gibt Fälle, in denen gesunde Bäume auch mal gefällt werden müssen. Wir streiten darüber, welche. Aber um die Zahl von 440 000 bis Ende 2027 herzustellen, wäre das doch schon mal gut im Blick zu haben, sich ehrlich zu machen, sich zu fragen: Wie viel Mittel für die Pflege und den Erhalt von Straßenbäumen – Anlagenbäumen meinetwegen auch, aber die Straßenbäume sind natürlich mehr unter Druck – brauchen wir, um aus diesem Jahrhundertprojekt vielleicht nur ein Jahrzehntprojekt zu machen?

Momentan ist doch der Befund: Die Mittel für die Pflege sind nicht da. Wir sind berlinweit im Minus, was Straßenbäume angeht, und dann wollen sie auf einmal 3 Milliarden Euro wegbalieren, aber Sie wissen noch gar nicht wie. Hier müssten Sie uns doch ein bisschen mehr Gewissheit verschaffen, dass diese 3 Milliarden Euro in guten Händen sind, wann diese belegt werden und durch wen ausgegeben werden. Natürlich stellt sich da die Frage, welche Synergien es zwischen den Bezirken gibt. Das wäre auch eine Frage an Sie, Frau Ellenbeck. Was würden Sie aus Ihrer Praxis empfehlen? Könnte man entweder ein bezirklichen Verbund organisieren, oder was sollte das Land tatsächlich übernehmen, und welche Mittel bedarf es dafür denn?

Wir müssen uns auch da ehrlich machen. Die Mittel sind für Investitionen, aber auch da hätte ich gerne Zahlen. Ich weiß nicht, Herr Weisbrich, ob Sie die berlinweit liefern können, oder sonst Frau Ellenbeck an Einzelbeispielen. Wenn ich einen Baum mehr habe, für den ich das Geld wahrscheinlich durch die Bundesmittel investiv bekomme – Stand jetzt, aber es sieht ja ganz gut aus, dass die Klimaanpassungsmittel des Bundes auch für Investitionen für Bäume ausgegeben werden können –, inwiefern erhöht sich dann der Pflegeetat? Sind wir da in einem ehrlichen Diskurs oder laufen wir wieder auf ein Blame Game hin, Senat versus Bezirke, und dann sterben die ganzen kleinen Bäume? Oder bis wann ist überhaupt die Pflege der jungen Bäumen in den Investitionen mit eingepreist? Ab wann müssen es dann wieder Haushaltsmittel für die Pflege werden? Das war so die erste Frage, wo ich Sie einfach darum bitten würde, vielleicht zumindest auch eine Andeutung abzugeben, sich auf dieser Ebene ehrlich zu machen, auch bei der Frage, wann wie viele Bäume gepflanzt werden müssen, und ob es dafür überhaupt den Markt gibt.

Wenn ich das richtig sehe, dann machen Sie die einzige Baumschule, die es in Berlin gerade gibt, platt, also nicht Sie, sondern der Senat und Herr Gaebler, oder die ist da irgendwie unter Druck. Die köllnische Baumschule oder Köllnische Heide [phonet.] sagt schon: Sie werden uns hier gar nicht wiedererkennen. – Ich weiß gar nicht, ob es so viele Anbieter gibt, um so

viele Bäume zu pflanzen. Gibt es da Vorbereitungen, Stichwort Jährigkeit, um Rahmenverträge, langjährige Verträge abzuschließen? Was haben Sie da in der Vorbereitung?

Eine Frage, Frau Grützmacher, ich fand diese Frage Bäume auf Leitung interessant. Wenn Sie dazu noch einmal ausführen könnten, was da möglich wäre und ob Sie auch für die anderen Leitungsbetreiber technisch irgendwie mitsprechen können. Es sind ja nicht nur Wasserleitungen im Berliner Boden verbuddelt, und ich weiß, Sie sind jetzt nicht funktional für die anderen Leitungsbetreiber hier, aber ich würde gerne einen technischen Eindruck davon haben, ob das bei Gasleitungen und Stromleitungen etwas völlig anderes ist oder ob man das ähnlich mitabdecken kann.

Dann die Frage an den Senat – Hitzeschutz beziehungsweise Hitzeviertel, ein Pilotprojekt, das bis Ende November 2026 stehen soll –: Gibt es da schon eine Art Angebotsabfrage: Hey, welcher Bezirk wäre gerne dabei? – Ich weiß nicht, ob ich das richtig erinnere von Ihnen, Frau Bonde, ob Sie einmal gesagt haben, Sie schauen da eher in Richtung dicht versiegelte Plattenbaugebiete im Nordosten, oder nimmt man etwas Innerstädtisches, oder nimmt man einen Bezirk/Stadtteil, der sagt: Jo, wir haben richtig Bock darauf, und wir helfen hier vor Ort und sind ready. – Was sind die Kriterien, nach denen Sie so ein Hitzeviertel auswählen würden? Nach welchen Kriterien, objektiv, subjektiv? Bereitschaft vor Ort? Was sind Ihre Überlegungen?

Dazu die Frage: Wenn Sie jetzt kein zusätzliches Personal haben wollen, können, dürfen und auch nicht beabsichtigen, in den Hauptausschuss mit irgendeiner Sondervorlage zu gehen, sondern Sie sagen: Alles Erforderliche ist für dieses Jahr gemacht –, ich bin echt dankbar dafür, dass das im Protokoll steht –, gibt es denn wenigstens Freistellungen Ihrerseits für die Mitarbeitenden, die Sie jetzt zusammenziehen wollen, oder ist es eine Zugleich-Aufgabe? Mich würde das grundsätzlich schon mal interessieren, weil die auch noch andere Funktionen haben.

Plus die Frage an Sie, Frau Bonde: Was sind die konkreten Maßnahmen für die auf der Präsentation bezeichneten Schnellläufer? Ich glaube, Sie meinen damit auch die 440 000 Straßenbäume bis 2027. Das ist ein leidiger Streit, aber im Gesetz steht:

„Zur Erreichung des Ziel sind –

– also sind, nicht sollen –

– vorrangig alle offenen und nicht wieder bepflanzten Baumscheiben mit jeweils einem gesunden Straßenbaum oder einem gepflegten Straßenbaum oder einem Entwicklungsbaum zu bepflanzen.“

Zur Zielerreichung, diesbezüglich nun in Satz 1, sind aber gebundenermaßen die Baumscheiben zu bepflanzen. Hierfür müssen Sie doch einen Plan haben, um die Bezirke in die Lage zu versetzen. Da ist auch ganz schön viel an Bautätigkeiten erforderlich, falls man da noch alte Stämme beseitigen muss, um auf diese Zahl zu kommen. Die Frist ist auch nicht mehr allzu weit weg.

Letzter Punkt, Herr Schäuble, die Ausgleichsflächen: Habe ich das richtig verstanden, dass in der Baumschutzverordnung des Senats vorgesehen ist, dass als Ausgleichsflächen auch geschützte Freiflächen genutzt werden können zur Baumbepflanzung? Vielleicht können Sie das noch mal ausführen, weil das aus meiner Sicht – Skandal soll man nicht so schnell sagen – nicht zweckdienlich wäre, wenn man dann auf großen Freiflächen, Naturflächen, die der Stadt dienen, irgendwie alle Bäume draufstellen will, die man noch wegholzen will. Vielleicht könnten wir dieses Missverständnis oder diese Frage hier noch ausräumen. Könnten Sie, Frau Senatorin, sich dazu auch noch einmal einlassen? Sie hatten vorhin schon nach Herrn Strößenreuther das Wort, aber das würde mich hier für den Ausschuss jetzt auch noch mal interessieren, zumal wir als Parlament nicht die Möglichkeit haben, eine Baumschutzverordnung direkt zu verändern, sondern es ist eine von Ihnen, die ansonsten von Naturschutzverbänden beklagt werden müsste et cetera, aber das muss man sich ja alles nicht geben, sondern da wäre die Frage, ob das ausgeräumt ist, was Herr Schäuble hier vorgeworfen hat.

Unbedingte Unterstützung auch zu seinem Punkt, das Tempelhofer Feld zu bebauen! Nein, unbedingt nein! Aktuell ist aber auch die Frage der Karl-Marx-Allee. Da habe ich mitbekommen, dass dort geplant wird – ich meine, dass das der Plan des Senats ist, wahrscheinlich der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, ich weiß es aber nicht –, dass Hunderte gesunde Bäume gefällt werden sollen, um dort eine Stadtplanung zu machen, um irgendwelche, noch aus den Siebzigerjahren in Ostberlin, Container vor die Häuser zu setzen, bei denen es aber momentan eine völlig unklare Nutzerlage gibt. Da haben wir vielleicht nach der Ollenhauerstraße, nach dem Tempelhofer Damm, nach der Torstraße, nach dem Auerbacher Ring in Marzahn-Hellersdorf das nächste Projekt, wo wir uns drüber streiten müssen, ob Sie da gesunde Bäume fällen müssen und das Jahrhundertprojekt dann vielleicht irgendwann Jahrtausendprojekt werden muss, weil Sie die nächsten zwölf Monate nicht in der Lage sind, dort aus grüner Sicht aus der Zeit gefallene Abholzprojekte zu stoppen.

Das führt dann wieder zu der Machtfrage, völlig zu Recht erwähnt, Herr Knie, vielleicht auch Sie, Herr Strößenreuther, wie Sie sich projektübergreifende Leitung und Durchsetzung vorstellen. Sie sehen, dass das im Commitment auf die Umweltabteilung, die ein Teil der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr und eben auch Umwelt ist, zusammengeschrumpft ist. Nach den Erfahrungen hier und auch den Wortbeiträgen, sehen Sie ja, dass diese Frage der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes und der Rechtsbindung der Verwaltung an dieses Gesetz noch längst nicht in allen Verwaltungen angekommen ist. Und die Frage Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung adressiert meine Fraktion viel öfter und ist auch ein Angebot an die Koalitionsfraktionen, weil wir uns hier ja immer ständig einig sind, dass wir uns als Ausschuss gerne auch einhellig, gerne aber auch unter den Fraktionen, uns mal dransetzen und sagen: Liebe Fachausschüsse, unser Befund nach sechs Monaten Klimaanpassungsgesetz ist ein bisschen Licht, ein bisschen Schatten, aber wir sehen eine große Notwendigkeit, das auch in anderen Ausschüssen zu diskutieren. – Wir würden als Grüne sehr gerne dazu beitragen, dass das vielleicht auch dort Gehör findet, um die Frage, Zielkonflikte, Konflikte mit anderen wichtigen Themen dort besser im Sinne der Umsetzung des Gesetzes zu diskutieren.

**Vorsitzende June Tomiak:** Herr Bertram!

**Alexander Bertram (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die sehr interessanten Ausführungen! Vielleicht auch mal kurz vorweg. Sie wissen ja, dass wir das Gesetz durchaus an der einen oder anderen

Stelle kritisch gesehen haben. Jetzt gilt dieses Gesetz nun einmal, und dann sind auch die entsprechenden Fristen drin, und jede dieser Fristen wurde bisher gerissen. Das ist einfach eine Tatsache. In dem Gesetz steht nun einmal auch nicht: berät im Senat, sondern: legt dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnisnahme vor. – Das ist jetzt kein Weltuntergang, dass das nicht passiert ist und es sich um wenige Wochen verzögert, aber ich bin zumindest der Auffassung, dass man das auch nicht kleinreden sollte.

Ansonsten haben sich mir noch eine ganze Reihe an Nachfragen ergeben. Zuerst eine Frage an den Senat. Sie haben jetzt in der Präsentation ein Thema weitestgehend ausgespart, und zwar das Thema Personalgewinnungsproblematik. Frau Dr. Ellenbeck hat auch auf die unterschiedliche Ausstattung der Bezirke hingewiesen, und daher ist für mich die zentrale Frage, wie die Bezirke denn entsprechend mit Personal ausgestattet werden sollen, um diese Mammutaufgabe irgendwie zu bewältigen. Welches Konzept liegt denn da eigentlich vor, was der Senat dementsprechend verfolgt? Wir sehen jetzt schon das Problem, dass viele vorhandene Planstellen der bezirklichen Grünflächenämtern nicht besetzt werden können. Wenn es dann wirklich in die Umsetzung dieses Gesetzes geht, mit den weiter sehr engen Fristen, dann kann man nach meinem Dafürhalten nicht erst in mehreren Jahren überhaupt anfangen, die entsprechenden Personalstellen aufzubauen. Das muss jetzt erfolgen, und auch jetzt muss ein entsprechendes Konzept schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

Dann hätte ich eine Nachfrage an Frau Dr. Grützmacher. Auch vielen Dank für die spannenden Ausführungen und für die Präsentation! Sie haben dargestellt, dass die Maßnahmen im Rahmen der blau-grünen Infrastruktur aktuell, wenn ich es richtig verstanden habe, einzeln projektbezogen stattfinden, was für mich im Umkehrschluss heißt, dass jetzt noch nicht unter dieser neuen Prämisse des Klimaanpassungsgesetzes eine Art Gesamtstrategie mit Prioritätenliste oder Ähnlichem vorliegt, so wie ich mir das jetzt vorstelle. Das hätte ich jetzt ehrlicherweise gedacht. Darum würde ich einfach mal nachfragen: Woran hakt es da an der Stelle, oder ist eigentlich alles schon in der Pipeline, und es dauert halt auch nur noch ein bisschen, bis es wirklich diese entsprechende Gesamtstrategie gibt?

Abschließend hätte ich noch eine Frage, auch eher an den Senat: Ich fand die Ausführungen von Herrn Strößenreuther in Bezug auf das Kostensenkungspotenzial doch sehr spannend und daher auch da direkt die Nachfrage: Was wurde denn bisher unternommen, um schon mal diese Kostensenkungspotenziale auszuschöpfen? Welchen Plan gibt es? Was ist in der Richtung bisher passiert? Gab es schon Versuche, um jetzt auch auf die nächsten Jahre das entsprechende private Kapital zu gewinnen? Wie ist eigentlich der Status zur Einführung der im Gesetz genannten innovativen Pflanztechniken – das war, glaube ich, die Formulierung, die im Gesetz steht –? Was ist da bisher erfolgt, und was ist dann bereits in der Umsetzung? – Danke schön!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank für die vielen Fragen! Ich würde gerne den Anzuhörenden noch mal das Wort zur Beantwortung geben, aber einmal der Hinweis auf die Zeit. Wir sind in einer halben Stunde mit dem Ausschuss eigentlich dann planmäßig durch und haben tatsächlich gemeinsam einen Anschlusstermin. Deshalb einmal kurz die Bitte wegen der Zeit, aber ich weiß, dass es sehr viele Fragen gab. Wir würden einmal andersherum anfangen. – Herr Strößenreuther, Sie hätten als Erster das Wort!

**Heinrich Strößenreuther** (BaumEntscheid e. V.): Schönen Dank! – Dann fange ich einmal mit der Differenz bei den 440 000 Straßenbäumen an. Wir sind vom Landesabstimmungs-gesetz gezwungen worden, auch eine Begründung für dieses Gesetz auszuarbeiten, auszuformulieren, die liegt vor. Die gilt auch nach wie vor. Dort steht zum § 6 Absatz 1 sehr deutlich, dass es um das Nachpflanzen von nicht bepflanzten Baumscheiben geht. Wenn man das auf diese Jahrzehntaufgabe betrachtet, dann geht es darum, innerhalb der nächsten ein, zwei Jahre zu zeigen, dass man in der Lage ist, alles nachzupflanzen, was in den letzten zehn Jahren gefällt wurde und nicht mit ein paar statistischen Rechen-tricks 440 000 Bäume auszuweisen. Wenn das klappt, ist die Chance auch gut, dass der Rest klappt. Wenn das schon nicht klappt, kann man sich auch die Frage stellen, wie der Rest denn klappen soll.

Dann zu der Thematik Kontrollrat: Ja, im Gesetz steht wissenschaftlicher Beirat drin, aber eine der Hauptfunktionen ist nach § 19 KAnGBIn bei Verfehlung der Zielerreichung den Senat zu zwingen, ein Sofortprogramm ausarbeiten zu müssen, was dann dem Abgeordnetenhaus vorliegt. Das ist eine Kontrolltätigkeit und keine Beratungstätigkeit. Insofern würde ich wirklich noch einmal dafür plädieren, sowohl Beirats-, wie es auch im Gesetz steht, als auch Kontrollaufgaben fairerweise auch mit drin zu haben. Sonst haben wir immer die Diskussion, da noch einmal etwas ernsthafter zu machen.

Die Frage von Herrn Zander, zwölf Monate Verzögerung: Wenn heute dieses Geld an konsumtiven Mittel für Personal nicht eingeplant ist, aber eingeplant werden müsste, dann wird das wahrscheinlich der Nachtragshaushalt nach der Wahl tun. Bis dann Stellen genehmigt werden, ausgeschrieben werden dürfen, Vorstellungsgespräche geführt werden, Leute eingestellt worden sind, sind wir ein Jahr weiter, nächstes Jahr im Mai ungefähr. Das heißt, das Umsetzungsplanungsprojekt verschiebt sich mit einem Großteil der Aufgaben tatsächlich so weit nach hinten. Da ist dann die Frage – ich glaube, von Herrn Bertram kam das noch mal – zu der Personalausstattung mit den Bezirken: Der Senat hat einen Bedarf von 480 Vollzeitäquivalenten formuliert. Auch diese Zahl ist noch nicht in Milliarden-Euro-Personalkosten umgesetzt worden. Auch da kommen noch mal zwei Milliarden Euro zusätzlich auf die bislang 7 Milliarden Euro kalkulierten obendrauf. Das ist ja Kernaufgabe des Umsetzungsplanungsprojekts zu schauen, wie ich mit einer besseren Standardisierung, Skalierung, Digitalisierung runterkomme, dass ich mit weniger Personalaufwand diese Jahrzehntaufgabe entsprechend hinkriegen kann.

Zu der Frage, ob wir mit 6 Millionen Euro konsumtiven Mitteln zufrieden wären: Ja, wenn sie tatsächlich ausschließlich für das Umsetzungsplanungsprojekt ausgegeben werden können. Denn dort entscheidet sich jetzt, ob wir eine Chance haben, diese Jahrzehntaufgabe gut zu schaffen. Haben wir bei diesem Umsetzungsplanungsprojekt vielleicht schon die Hausaufgaben nicht wirklich gemacht, dann wird nachher die Heulerei weiter gehen: Der Denkmalschutz spuckt in die Suppe oder diese oder jene Hürde. Die Wasserbetriebe kommen um die Ecke oder die Bezirke –, also alle Themen, die wir bei Transformationsaufgaben der Stadt hoch und runter kennen. Wir haben es beim Klimaschutz schon verdaddelt, lassen Sie uns das doch wenigstens bei der Klimaanpassung schaffen. Deshalb tatsächlich 6 Millionen Euro für Fachberater und Personalstellen für die nächsten 18 Monate im Umsetzungsplanungsprojekt, und zwar gestern.

Zusammenarbeit Verbände: Wir hatten mit Herrn Kraus kurz nach der Abstimmung des Gesetzes einen sehr spannenden Abend über innovative Pflanzmethoden. Da gibt es ein paar

wenige Experten in der Republik und hätten dann eigentlich gehofft, dass die Diskussion dazu gemeinschaftlich weitergeht. Da ist beispielsweise nichts passiert. Dann gibt es seit Beschluss des Gesetzes eigentlich keinen gemeinsamen Workshop, wo wir mal tiefer mit einsteigen, um auch so Missinterpretationen aufzudecken, die Sie heute beispielsweise getätigt haben. Ein Miteinander, eine Kooperation sieht anders aus als einmal am 05. Mai eine Veranstaltung, wo dann alle NGOs zusammen in ein 40-Mann-Saal gepfercht werden und in Summe zwei Stunden Zeit ist, um die Rolle der Zivilgesellschaft mit einzubringen. Das ist eine Missachtung nicht nur von uns, sondern vor allem auch aller anderen NGOs und Umweltverbände und Naturschutzverbände, die seit Jahren gute Vorarbeit gemacht haben, sodass wir in Summe miteinander jetzt dieses Gesetz im Abgeordnetenhaus haben beschließen können. Wenn man tatsächlich Kooperation und ein gutes Miteinander haben will, weiß man, wie es geht. Das ist jetzt in der Situation nicht der Fall gewesen. – Das wären meine Antworten. – Danke!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Herr Schäuble, Sie haben das Wort!

**Dirk Schäuble** (BUND Berlin): Vielen Dank! – Ich schließe vielleicht auch mal direkt an Herrn Strößenreuther an. Die Beteiligung der Verbände: Ja, da sehen wir natürlich auch Potenzial, gerade auch als Bindeglied zur Zivilgesellschaft. Ich glaube, wir sind als Verbände die ersten Ansprechpartner für Menschen, die eventuell auch Bäume pflanzen und Baumscheiben bepflanzen wollen. Insofern müssten wir da dringend mitberücksichtigt werden. Ich habe auch gerade beim Zeitplan gesehen. Es gab ein super Treffen mit den Bezirksämtern, mit den Grünflächenämtern. Da wären die Verbände, glaube ich, auch schon gut gewesen, wenn man das zusammendenkt, vielleicht die Bezirke mit den Verbänden zusammen. Ich glaube, da gibt es viele Unterschiede. Da hätten wir uns durchaus gewünscht, dass das zusammen gemacht worden wäre und nicht, wie Herr Strößenreuther sagte, das Treffen mit den Verbänden und der Zivilgesellschaft outgesourct wurde. Da würden wir uns auch ein bisschen mehr wünschen.

Bezüglich der Expertise: Da denke ich auch, dass wir wirklich viele Menschen in unseren Reihen haben, die sich seit Jahren mit Bäumen, mit Pflanzungen beschäftigen. Wir hatten letztes ein großes Treffen, da ging es natürlich um Klimaresilienz und heimisch und standortgerecht. Das ist natürlich eine Frage, die, glaube ich, sehr weit diskutiert wird. Wir haben uns auch darüber beschwert, früher gab es in jedem Bezirk eine Baumschule, und wenn wir standortgerechte Bäume haben wollen, wäre es natürlich auch sinnvoll, wenn die Bäume hier angezchtet werden und wir nicht irgendwelche Baumschulware von Brandenburg oder sonst wo kaufen, die vielleicht gar nicht zum Standort passt. Da würden wir uns tatsächlich auch wünschen, dass wir mit einbezogen werden.

Zur Baumschutzverordnung: Da muss ich auch so ein bisschen recht geben, dass wir uns da auch ganz gerne gewünscht hätten – Die Eiligkeit sehen wir auch, aber wir fordern die Änderung der Baumschutzverordnung schon seit Jahren. Das heißt, wir haben uns schon seit Jahren Gedanken gemacht. Wenn unsere Forderungen aufgrund des Zeitdrucks überhaupt nicht berücksichtigt werden, finden wir es ein bisschen schade. Wie gesagt, wenn wir die Baumschutzverordnung jetzt wirklich novellieren wollen, dann bitte mit den Forderungen von uns oder mit den Ideen, die wir eingebracht haben, unter anderem auch das mit den Schutzgebieten. Tatsächlich ist es ein bisschen anders, als Sie es meinten.

Tatsächlich sieht das Klimaanpassungsgesetz vor, dass Ausnahmen für Ersatzpflanzungen nicht mehr stattfinden, und deswegen müssen auch in Schutzgebieten, wenn da Bäume aus Pflegegründen gefällt werden müssen, auch da nachgepflanzt werden. Wie gesagt, es gibt geschützte Gebiete und Landschaftsraumtypen, wo es durchaus gewünscht ist, dass dort nicht so viele Bäume sind. Das Tempelhofer Feld gerne als Beispiel wieder: Die Kühllinsel ist deswegen so groß, weil da kein Wald oder keine Bäume drauf sind. Das verstehen die meisten aber nicht. Das ist dieser Wüsteneffekt. Eine Wüste wird nachts super kalt, das ist eine Offenlandschaft, und das ist am Tempelhofer Feld genau das Gleiche. Deswegen ist nachts die Kühlung durch das Tempelhofer Feld extrem großartig. Deswegen auch keine Bebauung! Noch einmal die Bitte an alle Beteiligten! Das war es, glaube ich, schon. – Vielen Dank!

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Herr Prof. Dr. Andreas Knie, Sie haben das Wort!

**Dr. Andreas Knie (WZB):** Ich fasse mich auch mal kurz! Es wurde schon viel erzählt, aber wir, glaube ich, sollten noch einmal an das Wesentliche. Wir sind kein Wald. Wir sind eine Stadt, und wir haben Interessenskonflikte. Wir haben nicht nur eine blaue und grüne, sondern auch eine graue Infrastruktur. Über Parkflächen, Parkplätze haben wir noch gar nicht gesprochen. Wir haben hier permanente Interessenskonflikte. Jetzt kam dieses Gesetz, und die Verwaltung hat mit diesem Gesetz arbeiten müssen und hat das wirklich sehr engagiert, aber im Nebenamt gemacht. Im Nebenamt! Jeder hat zusätzlich zu seinen eigentlichen Linienaufgaben noch mal versucht, den Stand, der bisher erreicht worden ist, auch den Beteiligungsstand zu schaffen. Dabei haben wir als Wissenschaftszentrum unterstützt.

Wir müssen aber feststellen, dass es so nicht weitergehen kann. Das ist eine Jahrhundertaufgabe, das ist eine Stadt neu erfinden, da sind Interessenskonflikte neu auszuhandeln. Deshalb ist auch im Gesetz diese Aufbauorganisation vorgesehen, die von einem Steuerungskreis und von dem wissenschaftlichen Beirat, der auch kontrollmächtig sein soll, begleitet wird. Diese neue Einheit würden wir Policy Lab nennen, weil es eine experimentelle Einheit ist, die das Land Berlin so noch nicht kannte, auch die Zusammenarbeit mit den Bezirken. Das Land muss neu austariert werden. Wir haben kein Landestiefbauamt, das heißt, wir müssen uns neu organisieren.

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat für den Aufbau dieser Einheit, so wie sie im Gesetz vorgesehen ist, seine Hilfe angeboten und wird sie auch mindestens ein Jahr und vielleicht darüber hinaus auch schaffen können, wenn diese Einheit auch gegründet wird. Wenn wir tatsächlich alle dieses Experiment wagen und hauptamtlich mit einer Einheit starten, die dann diese Weisungsbefugnis auch hat. Nein, das geht nicht, wenn wir alles immer nur im Habermas'schen Kommunikationsstil machen, sondern hier muss dann entschieden werden, was wir denn jetzt im Einzelnen machen. Jede Linie hat ihre eigene Logik, und die Summe der verschiedenen Logiken kommt nicht am Ende zu einem Gesamtergebnis.

Dafür stehen wir als Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung bereit. Wir unterstützen das. Wir haben das bisher unterstützt und sind auch bereit, das weiter zu unterstützen, zumindest diese In-Gang-Setzung dieser Einheit, die jetzt auch dringend entschieden werden muss. Die muss ran, die muss rein. Dafür stehen wir zur Verfügung und das sicherlich noch, bis diese In-Gang-Setzungsphase abgeschlossen ist.

**Vorsitzende June Tomiak:** Danke! – Frau Dr. Grützmacher.

**Dr. Gesche Grützmacher (BWB):** Ich fange mal mit dem Thema Gebühren an. Es handelt sich nicht um Trinkwasser- oder Abwassergebühren, von denen ich gesprochen habe, sondern es handelt sich um die Niederschlagswassergebühren, die wir im Auftrag der Senatsverwaltung erheben. Da stand auch: gegebenenfalls Anpassung –, also keine Erhöhung. Anpassung heißt, Anreize zu schaffen, so wie es im Moment auch schon passiert, zum Beispiel, dass wir bei Gründächern 50 Prozent der Niederschlagswassergebühr erlassen, bei Muldenversickerung 100 Prozent. Das sind Mechanismen, wo wir denken, dass man gegebenenfalls über eine Anpassung der Niederschlagswassergebühr auch zusätzliche Anreize heben könnte, das natürlich immer nur in enger Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung.

Generell die Finanzierung: Wir haben zwei große Bereiche, in denen wir Geld von der Senatsverwaltung für Umwelt erhalten. Das eine ist die Straßenregenentwässerung, die in diesen Komplex blau-grüne Infrastruktur mit hineinspielt, aber auch das Gewässergüteprogramm. Da sind für 2026 und 2027 keine Gelder vorgesehen. Das sind viele Millionen Euro, wo derzeit im Haushalt nichts enthalten ist. Wir haben die Zusage, dass wir die Möglichkeit haben, 2026, aber auch 2027 dafür Geld zu erhalten. Das ist nur derzeit noch nicht auf dem Papier schriftlich, dass wir auf der Sachbearbeiterebene noch keine, sagen wir mal, Unterschrift darunter gesetzt bekommen haben. Es erfolgt immer eine Freigabe. Wir sagen: Wir haben das und das Projekt vor. Bitte bestätigt, dass wir das machen können, dass die Gelder zur Verfügung stehen. – Das können die in dem Moment derzeit nicht machen. Das ist ziemlich schwierig, weil wir natürlich im Moment in Vorleistung gehen und es nicht sicher ist, dass wir die Projekte tatsächlich auch machen können. Wir würden nur im äußersten Notfall anhalten, denn jede Unterbrechung von Bauprojekten ist immer mit hohen Zusatzkosten verbunden.

Da komme ich zur Frage von Frau Vierecke, was wir aktuell schon sofort machen können: Natürlich genau diese Projekte weiterführen. Das heißt, theoretisch sind ganz viele Projekte in der Pipeline, wir können die weitermachen, sofern das Geld auch zur Verfügung steht. Von daher sind wir ganz optimistisch. Wir prüfen zuerst auch immer, ob wir das Regenwasser dezentral bewirtschaften können. Es werden, glaube ich, zukünftig auch immer mehr Projekte, in denen wir das machen können, einfach weil sich die Verantwortlichkeiten klären und das Ganze einfacher wird auch umzusetzen, aber aktuell können wir schon in die Umsetzung gehen.

Wasserflächen entstehen zu lassen: Da würde ich sagen, dass das eine Frage der Flächenverfügbarkeit ist. In der Innenstadt wird es sehr schwierig sein. Dann kommt natürlich auch die Frage der Sicherheit dazu. Wir wollen nicht, dass da jemand drin ertrinkt. Es gibt diese blauen Perlen, die gibt es in der Stadt. Das sind häufig Regenwasserauffangbecken, manchmal auch Grundwasser gespeist. Die zu pflegen und auszubauen ergibt auf alle Fälle Sinn. Neue Wasserflächen zu schaffen wird, so ist meine persönliche Einschätzung, einfach am Platz scheitern, ist aber auf alle Fälle eine der Maßnahmen der blau-grünen Infrastruktur, die immer geprüft werden müssen.

Zu den Bäumen auf Leitung: Das Thema Durchwurzelungsgefahr besteht natürlich besonders bei Wasser- und Abwasserleitungen, weil die Wurzeln sich das Wasser suchen und eine Affinität zum Wasser haben. Deswegen wurzeln sie besonders gerne in diese Leitung rein. Ich weiß jetzt nicht, wie die Erfahrung bei Gas- und Stromleitungen ist. Ich vermute, dass die

Durchwurzelungsgefahr da vielleicht nicht ganz so groß ist, aber möglicherweise auch besteht. Aber wo wir alle an einem Strang ziehen, ist, wenn eine Leitung erst mal da liegt und ausgewechselt werden muss oder aber einen Schaden hat, dann muss man eine Baugrube ausheben und dann ist es halt, wenn direkt daneben ein Baum steht, schwierig für den Baum, und manchmal muss der auch aus Sicherheitsgründen gefällt werden, damit er nicht in die Baugrube fällt. Das sind Dinge, die andere Infrastrukturbetreiber genauso wie wir haben.

Zuletzt: Maßnahmen sind im Moment projektbezogen. Es gibt noch keine Gesamtstrategie. Das ist in Arbeit, und gerade mit Blick auf diese Hitzeinseln, wo man sagt: Okay, da müssen wir prioritär ran –, erhoffen wir uns Ableitung, welche Projekte prioritär umgesetzt werden müssen.

**Vorsitzende June Tomiak:** Vielen Dank! – Frau Dr. Ellenbeck!

**Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck** (BA Tempelhof-Schöneberg): Vielen Dank! – Ich gehe auch mal chronologisch der Fragen nach durch. Sie hatten gefragt, wie es mit den bezirklichen Hitzeaktionsplänen vorangeht. Das liegt bei dem Kollegen, der für Gesundheit zuständig ist. Wir haben aber auch im Bezirk ein Klimaanpassungskonzept. Wir sind sogar schon einen Schritt weiter und haben ein Klimaanpassungskonzept aufgestellt. Das große Thema dabei ist nicht das Wissensdefizit, sondern das Umsetzungsdefizit. Das liegt daran, dass wir bisher überhaupt keine Personal- oder finanziellen Ressourcen für die Umsetzung bekommen haben. Das ist die Frage, die auf unterschiedliche Art und Weise über allem steht. Der Baumsaldo war im letzten Jahr negativ. Es gibt überhaupt keine Hinweise darauf, dass es dieses Jahr anders sein sollte, sondern im Gegenteil. Viele Programme, das hat die Kollegin auch gerade ausgeführt, wo es bisher eigentlich schon ein Finanzierungsinstrument gab, sind aufgrund der Haushaltskürzung gekürzt worden. Es gibt in diesem Jahr sehr viel weniger Bewegung in diesem Bereich. Das möchte ich aus der Umsetzungsperspektive an der Stelle schon noch einmal deutlich sagen.

Ein Beispiel sind Trinkwasserbrunnen. Die sind für den Hitzeschutz total wichtig. Die Berliner Wasserbetriebe haben kein Geld bekommen, um neue Trinkwasserbrunnen zu betreiben. Wir hatten welche geplant. Wir hätten sogar Geld und Personal, um die umzusetzen. Wir können sie nicht umsetzen, weil sie nicht übernommen werden können, nicht, weil die Berliner Wasserbetriebe nicht möchten, sondern weil das Geld für den Betrieb der Trinkwasserbrunnen nicht zur Verfügung ist. Das sind keine großen Beträge, aber das ist das, wo wir gerade stehen.

Dann wurde gefragt, welche investiven Mittel wir denn jetzt ganz konkret schnell umsetzen könnten. Investive Mittel haben den Vorteil, dass sie auch nicht jährlich umgesetzt werden müssen. Wir haben ganz große Projekte vor, die wir umsetzen könnten. Da braucht es aber große Planungsvorläufe. Das sind die ganzen HOAI-Stufen. Damit wir in zwei, drei Jahren in die Umsetzung kommen, müssten wir jetzt anfangen zu planen und bräuchten jetzt die Planungssicherheit. Es gibt Projekte, zum Beispiel die Klimastraße Schöneberger Dreieck: ein absolutes Hitzeviertel, erfüllt alle Umweltgerechtigkeitsprobleme gleichermaßen, keine Bäume in der ganzen Straße. Für das Projekt gibt es eine Machbarkeitsstudie. Da würden wir super gerne die weiteren Schritte gehen, aber dazu bräuchten wir eine Finanzierungszusage. In anderen Bereichen ist das Sondervermögen schon an uns Bezirke weitergegeben worden beziehungsweise im Bereich Tiefbau haben wir auch schon Schreiben bekommen, dass da Gel-

der verteilt werden. Im Bereich Klimaanpassung eben noch nicht. Das möchte ich an dieser Stelle auch noch mal deutlich sagen.

Natürlich würden wir sehr gerne auch – und da bräuchten wir nicht viele Mittel, aber bräuchten schon Mittel – mit vielen kleinen Maßnahmen, zum Beispiel Baumscheibenerweiterungen, arbeiten. Wir haben letztes Jahr bei uns im Bezirk über 100 Baumscheiben erweitert. Dafür haben wir Sondermittel bekommen. In der Zwischenzeit bis zum großen Jahrhundertprojekt kann man sehr viel machen, auch das ganze Thema Unterstreifenentsiegelung. Das sind Maßnahmen, die eigentlich mit relativ wenig Mitteln gemacht werden können. Da bräuchten wir aber auch die Unterstützung.

Das ganz große Thema Personal: Um die Stadtbaumkampagne zum Beispiel zu begleiten, bräuchten wir mehr Personal. Die Kollegen haben gesagt, bei einer Verdopplung der Stadtbaumkampagne bräuchten wir eine Personalstelle mehr. Das sind nicht die großen Zahlen, aber da würden wir schon mit einer Beschäftigungsposition arbeiten können, die wir im Moment nicht haben.

Dann kam natürlich die große Frage, wie denn die gute Aufteilung zwischen Bezirk und Land bei der Frage sein könnte. Das ist eine spannende Frage, eine wichtige Frage. Da hat Herr Weisbrich in seinen ganzen Interviews bestimmt viel von den Straßen- und Grünflächenämtern gehört, wie die das sehen. Da gibt es natürlich die unterschiedlichsten Aufgaben. Steuerungsaufgaben sind natürlich ganz klar beim Land an der Stelle, das passiert ja auch gerade, aber dann ist die Frage bei den Durchführungsaufgaben, also wo die Durchführungsaufgaben für diese Mammutaufgabe liegen.

Auch bei den Durchführungsaufgaben können wir uns gut vorstellen, dass das Land auch mehr Aufgaben übernimmt. Es gibt gute Beispiele, wo das in der Vergangenheit auch funktioniert hat, zum Beispiel die Projekteinheit Radverkehr. Das war so eine Organisationseinheit, die schlagkräftig war, die sehr schnell war, weil sich alle Beteiligten an einen Tisch gesetzt haben und sehr schnell zu Ergebnissen gekommen sind. Zum Beispiel auch Jelbi – ein kleines Thema, aber von der Arbeitsstruktur her sind die Bezirke als Straßenbaulastträger immer noch Genehmigungsbehörde. Wir haben da ganz viele Aufgaben in der Findung von Orten, aber es gibt eine Struktur, die das umsetzt, und das schafft wahnsinnige Synergien – die einen Rahmen hat, die einmal weiß, wie die Flächenkonflikte zu lösen sind und auch Personal einstellen kann. Bis hin zu so kleineren Fragen – es erscheint klein, aber ist in den Bezirken eine ganz praktische, große Frage: Wie werden eigentlich diese Stellen bewertet, die da geschaffen werden sollen? Wer schreibt diese Bewertung? Müssen dann zwölfmal Bezirksämter anfangen, diese Bewertungen zu schreiben? So läuft es nämlich im Normalfall. Zentrale Muster-BAKs wären etwas, wo wir uns sehr wünschen würden, dass da zentrale Aufgaben übernommen werden.

Natürlich auch das ganze Thema Planung bei der Pflanzung von Bäumen – Herr Zander, Sie haben es ja angesprochen –: Pflanzung ist nicht einfach nur die Pflanzung beauftragen, sondern wir haben im Moment bei uns im Bezirk noch 2 000 offene Baumscheiben, da können wir einfach Pflanzungen beauftragen, aber danach wird es sehr kompliziert. Wenn keine Baumscheiben mehr da sind, wir anfangen zu entsiegeln, die ganzen Planungsprozesse und die Beteiligungen von Anwohnern laufen und so weiter, dann wird es kompliziert. Das ist

dann eine spannende Frage, wer das eigentlich alles leisten kann. Es geht nicht nur um die Frage, wer die Pflanzung übernehmen kann.

Dann hatte ich noch die Frage übersehen – Entschuldigung! – wie das andere Kommunen machen. Das kann ich Ihnen im Detail nicht sagen. Ich weiß nur, dass wir Grünflächenämter uns seit jeher dafür einsetzen, dass die Grünflächenpflege als Leitlinie behandelt wird. Wir haben diesen großen Unterschied, dass an der Straßenbauunterhaltung nicht gespart werden kann, weil es als Leitlinie als Geld den Bezirken zur Verfügung gestellt wird. Die Grünpflege ist immer der Kürzungsposten in den Bezirken, die selbst gar keine eigene Haushaltshoheit haben, sondern wir angewiesen sind, mit den Geldern zu arbeiten, die wir zugewiesen bekommen. Wenn es keine Leitlinien, keine Festlegung gibt, dass Grünunterhaltung für den Erhalt der grünen Infrastruktur elementar ist und das nicht für andere Dinge genutzt werden kann, dann wird es immer der Kürzungsposten sein. Das ist das, was in der Vergangenheit immer wieder passiert ist. Deswegen ist die Grünflächenpflege im Land Berlin, obwohl wir eigentlich so ein großes Pfund haben, nämlich eine vergleichsweise grüne Stadt, relativ unterfinanziert im Vergleich zu anderen Kommunen. – Danke schön!

**Vorsitzende June Tomiak:** Ganz herzlichen Dank! – Frau Bonde, es gab einige Fragen auch an den Senat. Ich würde an Sie abgeben.

**Senatorin Ute Bonde (SenMVKU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit Blick auf die Uhr fassen wir uns kurz. – § 23 Absatz 3: Personal- und Sachmittel nach Maßgabe des Haushaltsgesetzgebers. Ich glaube, nach Maßgabe des Haushaltsgesetzgebers ist der entscheidende Passus. Für den Doppelhaushalt 2026/2027 sind für den Erhalt Mittel eingestellt worden, und zwar durch diese Koalition. Durch die Regierungskoalition ist für den Erhalt der Bäume das Budget um 12 Euro pro Baum von 83 auf 95 Euro erhöht worden, und es sind 6 Millionen Euro per anno in den Doppelhaushalt eingeflossen. Hinsichtlich der Frage, wie die Investitionsmittel auch den Erhalt oder die Bewirtschaftung der Bäume berücksichtigen ist es so, dass die Pflege für drei Jahre berücksichtigt wird. Dann müssen wir prüfen, dass wir es in den Doppelhaushalt geben, der dann verabschiedet wird.

Derzeit haben wir 439 328 Bäume, und wir schaffen pro Jahr eine Neupflanzung von 1 200 bis 1 500 Bäumen. Das heißt, bis zum 31. Dezember 2027 werden wir natürlich die 440 000 Bäume erreichen. Herr Strößenreuther, da bin ich anderer Auffassung als Sie. Der Gesetzestext steht über der Begründung, und im Gesetzestext stehen die 440 000 Bäume, die bis zum 31. Dezember 2027 wiederherzustellen sind. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE): Wird kein Baum mehr gefällt?] – Noch einmal: Natürlich werden wir das schaffen. Neupflanzungen und Ersatzneupflanzungen sind auch berücksichtigt. Es ist doch total klar. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Herr Lux, vielleicht darf ich jetzt hier ausführen. Danke!

Dann zur Organisation: Wir haben einen Aufbaustab eingerichtet und damit auch zu dieser Behauptung, dass wir jede gesetzliche Frist bislang gerissen hätten: Das stimmt schlicht nicht. Das haben wir nicht. Wir haben einen Aufbaustab durch die Berliner Forsten eingerichtet. Wir haben im Senat den Steuerungskreis beschlossen, wir haben den wissenschaftlichen Beirat im Senat beschlossen. Das sind alles Fristen, die wir eingehalten haben. Und noch einmal: Es handelt sich um ein Jahrhundertprojekt. Viele von Ihnen sind auch der Auffassung, wie wir es sind, dass dann eine vierwöchige Verzögerung, wenn uns das Projekt am 15. Januar über-

tragen worden ist, das sind noch nicht mal viereinhalb Monate bis heute, vielleicht wirklich noch akzeptabel ist. Noch einmal: Ich möchte natürlich gesetzliche Fristen einhalten. Das war hier nicht möglich, aber wir haben eine Besprechungsunterlage mit dem Umsetzungsplanungskonzept in den Senat gebracht. Diese Besprechungsunterlage ist im Senat auch entsprechend behandelt worden. Jetzt holen wir die Mitzeichnungen der anderen Senatsverwaltungen ein.

In dem Steuerungskreis ist vorgesehen, dass fünf Senatsverwaltungen beteiligt werden, natürlich die Bezirke, die Leitungsbetriebe, die Zivilgesellschaft. All das ist geplant und vorgesehen. Wir richten uns an dem Lenkungsreis Sicherheit und Sauberkeit aus, der auch durch diese Koalition, durch diesen Senat ins Leben gerufen worden ist. So werden wir uns parallel auch aufstellen. Den Steuerungskreis wird der Staatssekretär leiten.

Dann dazu, dass der Staatssekretär auch einen regelmäßigen Jour fixe mit dem Baumschulverband hat: Wir sind natürlich im Austausch mit den Baumschulen. Erst gestern haben wir mit einigen Abgeordneten die Baumschule in Charlottenburg besucht und sind auch im Austausch mit Charlottenburg. Charlottenburg hat uns auch ihre Potenziale mit auf den Weg gegeben. Charlottenburg ist auch mit privaten Baumschulen im ständigen Kontakt. Charlottenburg kauft auch bei privaten Baumschulen Bäume, die sie aber dann bei sich einpflanzen, um sie weiter zu pflegen, damit sie auch dem – das ist von Herrn Schäuble auch gesagt worden – „Stadtboden, der hier in Berlin herrscht, angepasst aufwachsen können. Das ist sicherlich ein sehr wichtiger Aspekt.

Hitzepilotprojekte, Umweltgerechtigkeit sind genannt worden. Auch da steht der Staatssekretär im Austausch, insbesondere mit der alevitischen Gemeinde, weil wir auch versuchen, die Zivilgesellschaft mit an Bord zu holen.

Zu der Frage nach der Karl-Marx-Allee: Das ist kein Projekt meiner Senatsverwaltung. Außerdem ist es wohl die Zielsetzung, auch Grünbereiche auf die Karl-Marx-Allee zu bringen. Ich übergebe mal an den Staatssekretär Herrn Kraus, der dann die weiteren Fragen noch beantworten will.

**Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Vielen Dank! – Zunächst einmal zum Thema der Fristen: Die Frist zur Festlegung von Hitzevierteln, die Ausweisung von Planungsräume mit hoher thermischer Belastung, die gemäß § 3 KAnGBln die Grundlage dafür sein wird, wo wir anfangen zu arbeiten, soll bis 20. November 2026 erfolgen. Das ist in Bearbeitung und ist Teil des Klimaanpassungsprogramms. Das ist also im Werden und im Stehen, und das wird auch fristgerecht geliefert. Die Erstellung der Klimarisikokoanalyse gemäß § 11 KAnGBln ist abgeschlossen. Gerade ist noch das Verfahren der Überweisung an das Abgeordnetenhaus und an den Rat der Bürgermeister zu klären, weil das Verfahren an der Stelle noch unklar ist. Das klären wir gerade. Die sollte auch bis November fertig werden. Da sind wir weit vor der Frist.

Für die Erstellung eines Klimaanpassungsprogramms gemäß § 10 KAnGBln und einer vorsorgende Klimaanpassungsstrategie gemäß § 12 KAnGBln bis 20. Dezember 2026 haben wir im April den Auftrag an einen Dienstleister erteilt. Da werden auch Mittel aufgewendet, und Gelder stehen auch zur Verfügung, die waren auch eingeplant. Das wird also auch fristgerecht erfolgen. So werden wir Schritt für Schritt jetzt alles abarbeiten.

Noch mal zum Verständnis: Wir haben natürlich diese Schnellläufer, darauf werde ich gleich antworten, aber der Punkt ist, dass wir bis Ende 2027 eine Phase haben, wo wir vieles ausprobieren, wo wir die Punkte klären, die Frau Dr. Ellenbeck angesprochen hat, Best Practices aus den Bezirken zu nehmen, Zuständigkeiten zu klären, Personalaufwuchs, wo wir dann ab 1. Januar 2028 und bis 2040 die Menschen hernehmen, die Bäume pflanzen, pflegen, planen. Das ist jetzt alles zu klären. So habe ich es auch immer verstanden, was Herr Strößenreuther maßgeblich vorgeschlagen hat, und die Zeit werden wir dann auch nutzen. Bis dahin haben wir die Schnellläufer, 440 000 Straßenbäume bis Ende 2027 auf Baumscheiben, die da sind. Wobei wir das Problem haben, dass 90 Prozent der Baumscheiben, das haben unsere Analysen ergeben, derzeit nicht bepflanzt sind, weil Leitungen darunter sind. Das hat auch einen Grund, warum auf manchen Baumscheiben kein Baum ist. Da sind wir auch schon dabei, ein Schnellläuferprogramm umzusetzen. Wir haben ein Bodenradar, das uns ermöglicht, schnell eine Analyse der Baumscheiben zu erstellen, und eine Fräse, ein Großgerät, das auch schon geliefert ist, beschafft, das dann diese Baumstümpfe, die noch da sind, rausfräsen kann. Das werden wir in den nächsten Wochen mal probeweise ausprobieren und vorzeigen können, was da passiert. Da geht was, da läuft das. Das ist in der Umsetzung mit vorhandenen Mitteln, und wir haben natürlich Mittel eingestellt, dankenswerterweise durch den Haushaltsgesetzgeber.

Wir können mit vorhandenen Mitteln über die Stadtbaumkampagne, die da ist, die funktioniert, die läuft, die akzeptiert ist, 1 200 Bäume pro Jahr nachpflanzen. Wir können mit dem, was wir eingeplant haben, auf 1 500 Bäume hochgehen, ohne dass wir bisher irgendwas in den Strukturen verändert haben, ohne dieses Projekt mit Bodenradar und Fräse und Ähnlichem. Wir haben jetzt schon eine Kapazität von 1 500 Bäume, die wir nachpflanzen können. Ich kann natürlich nicht im Jahr 2026 für 10 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes Bäume pflanzen, weil ich die im Frühjahr 2025 hätte bestellen müssen. Das geht zeitlich nicht, wenn ich im November 2025 etwas beschließe. Wir lassen die eingestellten Mittel, dann möglichst in den blauen Teil fließen. Da hängen wir auch davon ab, dass der Hauptausschuss die Sperren aufhebt und es auch abfließen kann. Ich bin den BWB dankbar, dass sie in Vorleistungen tritt. Das werden wir alles entsprechend der Haushaltsgesetzgebung machen, wie wir das in der Vergangenheit auch immer getan haben, dass wir am Schluss das alles so schaffen, dass es gesetzmäßig ist.

Das bringt uns noch einmal zu den Mitteln: Der Hauptpunkt der Mittel, der Umsetzung und des Pflegeaufwandes, Herr Lux, wird am 1. Januar 2028 – – Natürlich wächst, wenn der Straßenbaumbestand aufwächst, auch der Pflegeaufwand. Sie können sich ausrechnen, bei 440 000 Straßenbäumen bis Ende 2027, wenn wir am 1. Januar 2028 hochlaufen und bis 2040 auf 750 000 oder vielleicht sogar mehr Straßenbäume kommen und Sie 140 Euro in der Zielstellung pro Baum für die Pflege jährlich ausgeben müssen, können Sie sich ausrechnen, welcher Aufwuchs bis 2040 im Haushalt des Umweltbereichs, der dann an die Bezirksämter ausgereicht wird, in den Doppelhaushalten bis 2040 verankert werden muss. Sie können sich auch jetzt schon überlegen, wo Sie das anderswo einsparen wollen.

**Vorsitzende June Tomiak:** Wir sind am Schluss der heutigen Anhörung angekommen. Ich möchte unseren Gästen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. In Anbetracht der Zeit: Sie haben wahrscheinlich noch Anschlusstermine. Wir machen noch schnell die Abstimmung. Bevor wir abstimmen, möchte ich folgenden Hinweis geben. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter

TOP 3 a enthält ein ungültiges Berichtsdatum. Ich gehe davon aus, dass Sie ein gültiges einsetzen wollen. Das ist der Fall. Vielleicht können Sie uns das noch einmal schriftlich zukommen lassen oder sagen. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE): Der Tag davor!] – Der dürfte auch existieren.

Wir stimmen zunächst über den Antrag unter TOP 3 a ab. Das ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/2971, „Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Hitzeinseln effektiv und ressourcenschonend bekämpfen!“ Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag Drucksache 19/2971 abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Des Weiteren stimmen wir über den Antrag unter TOP 3 b ab, erneut ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/2966, „Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Mit einem Baumgipfel beim Regierenden Bürgermeister gemeinsam für das Stadtgrün“. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag Drucksache 19/2966 abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Ich schlage vor, dass wir den TOP 3 c – neu – vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht hierzu Einvernehmen? – Dazu kann ich Einvernehmen feststellen. Ich schlage vor, dass wir den TOP 3 damit abschließen.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Ökologische Vielfalt und Biodiversität auf Berlins  
Grünflächen**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0172](#)  
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2024

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Brand im Freilandlabor Britz und beim Weltacker –  
Wie geht es weiter mit diesen wichtigen  
Umweltbildungsstätten?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0209](#)  
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.12.2024

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.